

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Währungspanik in Chile

Das Kabinett zurückgetreten — Der Belagerungszustand verhängt

Santiago (Chile)

Die chilenische Regierung ist wegen der öffentlichen Erregung über die Peseantwortung und des Ansturms auf die Banken zurückgetreten. Präsident Montero hat eine Umbildung des Kabinetts durch Hinzuziehung der Linksparteien empfohlen.

Linksopposition verlangt Sturz des Präsidenten Droht eine Revolution?

Santiago de Chile, 8. Februar 1932

TU. London, 8. April 1932.
Wie zum Rücktritt des chilenischen Kabinetts ergänzend gemeldet wird, hat der Vollzugsausschuß den Kongreß, der in einer Geheimsitzung in der Nacht zum Freitag zusammentrat, um Vollmachten zur Erklärung des Standrechts gebeten, da eine militärische Verschwörung aufgedeckt wurde. Es wird angenommen, daß der Innenminister Robles mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird.
TU. Santiago (Chile), 8. April 1932.

Nach dem Rücktritt der chilenischen Regierung ist im ganzen Lande der Belagerungszustand ausgerufen worden. Der Rücktritt des Kabinetts ist die unmittelbare Folge der furchtbar schlechten Wirtschaftslage. Die Linksopposition begnügt sich nicht mehr nur mit dem Regierungsrücktritt, sondern plant jetzt den Sturz des Präsidenten Montero. Das gesamte Heer ist in Alarmbereitschaft gesetzt worden, da Unruhen ausbrachen, als sich die Zentralbank weigerte, Silbermünzen auszuzahlen.

Die Krise in Chile, die wegen der Unstimmigkeiten über das neue Währungs-gesetz ausgebrochen ist, nimmt einen raschen Fortgang. Der Präsident hat in einer Verordnung die Verhängung des Standrechts erklärt. Vor der Zentralbank hatten sich große Menschenmengen angesammelt, die ihr Papiergeld in Silber umwechseln wollten. Es mußten von anderen Banken große Mengen von 20-Centavo-Stücken herbeigebracht werden.

Die Spannung in Santiago ist ungeheuer, da überall von einer bevorstehenden Revolution gesprochen wird.

Die Wachen vor dem Präsidentenpalast sind verstärkt und Maschinengewehre auf den Dächern aufgestellt worden.

Die Abgeordnetenkammer hat die Anträge der Regierung zum Währungsgesetz, das in erster Linie die Aufhebung des Goldstandards zum Gegenstand hat, abgelehnt. Dieses wurde darauf zum dritten Male an den Senat zurückverwiesen.

Ecuadors Kriegsflotte meutert

TU. New York, 7. April 1932

Gerüchweise verlautet, daß die Mannschaften der beiden Kanonenboote der Republik Ecuador im Hafen von Guayaquil gemeutert haben.

An der Marinemeuterei in Ecuador beteiligte sich die gesamte Flotte, die überhaupt nur aus zwei Kanonenbooten besteht. Die Meuterer wollen die Rückkehr des verbannten Generals Plaza, der zweimal Präsident von Ecuador war, verhindern. General Plaza konnte aber ungehindert landen, worauf die Meuterer mit den beiden Kanonenbooten den Hafen verließen und bisher nicht zurückkehrten.

Nach einer Londoner Meldung aus Ecuador haben die meuternden Matrosen in Guayaquil einen holländischen Dampfer angegriffen, auf dem sich der aus der Schweiz zurückgekehrte General Plaza befand, und den General gefangen genommen. Ferner beschlagnahmten sie einen englischen Oeldampfer.

Er will nicht abtreten

Der Ministerpräsident von Neufundland, Sir Richard Squires, ist, nachdem er sich annähernd zwei Tage verborgen gehalten hatte, wieder in St. Johns aufgetaucht. Er erklärte, daß er nicht zurücktreten wolle. In politischen Kreisen wird erwartet, daß er Neuwahlen verlangen wird.

Reichsbank senkt Diskontsatz

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am Freitag wurde bekannt gegeben, daß das Reichsbankdirektorium beschlossen hat, den Diskontsatz mit Wirkung vom 9. April um $\frac{1}{2}$ vH. auf $5\frac{1}{2}$ vH. zu senken. Der Lombardsatz wurde entsprechend um $\frac{1}{2}$ vH. auf $6\frac{1}{2}$ vH. gesenkt.

agrarischen Donaustaaten für ihre landwirtschaftlichen Ueberschüsse keinen Absatzmarkt, da Oesterreich und die Tschechoslowakei allein diese Ueberschüsse nicht aufnehmen könnten. Ferner würde die Tschechoslowakei in industrieller Hinsicht ein starkes Übergewicht im Donaunraum auf Grund ihrer neu entwickelten Industrien, jedoch auf Kosten der übrigen industriellen Lieferländer gewinnen."

Demgemäß verlangt er die Herausnahme der Tschechoslowakei aus der zu bildenden Donauöderation, was für Frankreich schon im Hinblick auf seine starken Kapitalinteressen in diesem Lande ausgeschlossen ist, ganz abgesehen davon, daß die Erfüllung einer solchen Bedingung auf die völlige Durchkreuzung seiner Absicht, mit Hilfe des von ihm entwickelten Plans seine politische Vormachtstellung auf dem Balkan zu festigen, durchkreuzen würde.

Abschließend betonte v. Bülow, eine Verbindung der deutschen mit den französischen Vorschlägen sei unmöglich. Denn für Deutschland würde die Gewährung einseitiger Vorzugszölle an die Donaustaaten nur dann möglich sein, wenn die deutsche Ausfuhr in den Donaunraum nicht durch gegenseitige Vorzugszölle der Donaustaaten untereinander erschwert oder unterbunden wird. Voraussetzung für den deutschen Vorschlag sei daher, daß der französische Vorschlag nicht durchgeführt werde. Eine Unterbindung der deutschen Ausfuhr nach den Donaustaaten hätte zur Folge, daß der deutsche Export nach anderen Teilen der Welt gedrängt würde, insbesondere in die Teile, die noch entwicklungs-fähig sind, also die Ueberseegebiete. Dies wiederum hätte zur Folge, daß Deutschland bei diesen Uebersee-ländern als Gegenleistung einen großen Teil seines Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen einzudecken hätte, was wiederum zu einer Schädigung des Donaunraumes führen würde. Es sei daher klar ersichtlich, so schloß Staatssekretär v. Bülow, daß der französische Vorschlag für Deutschland unannehmbar sei.

(Weitere Meldungen siehe 2. Seite)

Auf unbestimmte Zeit vertagt

Erfolgloser Ausgang der Londoner Donaukonferenz

London, 8. April 1932

Der Vertreter der vier Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien traten am Freitag vormittag zur Schlußsitzung der Viermächte-Donaukonferenz zusammen. MacDonald führte den Vorsitz. Der von der Konferenz ernannte Viererausschuß, der aus den Leitern der Abordnungen besteht, legte der Konferenz seinen Schlußbericht vor. Die Konferenz hat den Beschluß gefaßt, sich auf unbestimmte Zeit und einen unbestimmten Ort zu vertagen und ihre Arbeit zunächst durch einen Ausschuß von Finanzsachverständigen fortführen zu lassen.

Der amtliche Bericht

TU. London, 8. April.

Die bei Beendigung der Londoner Viermächtekonferenz ausgegebene amtliche Verlautbarung hat folgenden Wortlaut:

„Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind sich darüber einig, daß die Donaustaaten ein sofortiges und einheitliches Vorgehen der Donaustaaten und anderer Länder verlangt, wenn sie (die wirtschaftliche

Lage) auf eine gesunde Grundlage gestellt werden soll, daß ein solches Vorgehen im Interesse der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas ist und ein erster Schritt zu ihr sein mag.

Als Ergebnis der Erörterungen auf der Konferenz hat sich eine Reihe von wirtschaftlichen Punkten ergeben, die eine weitere Prüfung und Untersuchung nötig machen. Die bevorstehenden Sitzungen in Genf in der kommenden Woche würden auf jeden Fall eine unmittelbare Fortsetzung der gegenwärtigen Verhandlungen verhindern, und unter diesen Umständen hat jede der vier Regierungen zugestimmt, an die drei anderen Regierungen sobald wie möglich eine wohlwogene Erklärung ihrer Ansichten über die „reservierten Punkte“ und über die beste Art des weiteren Vorgehens zu senden.“

Eine Einladung an die Donaustaaten ist nicht abgeschickt worden.

Der Optimismus, mit dem beispielsweise Mac Donald diese Konferenz eröffnet hat, entbehrte von vornherein jeder Begründung. Wer auch nur einigermaßen mit dem Stoff vertraut ist, dessen Bewältigung der Viermächtekonferenz oblag, wußte, daß die Interessen

der an der Konferenz beteiligten Staaten unmöglich unter einen Hut zu bringen sein werden und daß die Konferenz namentlich an dem Gegensatz Frankreich-Deutschland scheitern werde.

Die Ausführungen des deutschen Staatssekretärs v. Bülow während der Verhandlungen im Vierer-Ausschuß haben dies auch bestätigt und einwandfrei die Differenzpunkte klargestellt. Bülow bestreitet die Wirksamkeit des Tardieu-Planes und erklärte wörtlich: „Bei Durchführung desselben hätten die

Keine Stimme für den General Hindenburg
Keine Stimme für den Unternehmerrecht Hitler
Jede Stimme für Thälmann

Der Kampf um den Balkan

Die Hintergründe der Londoner Donaukonferenz

In seinen Reden, mit denen der an Allgegenwärtigkeit mit Hitler wetteifernde Reichskanzler Brüning Stimmen für Hindenburg sammelt, verweist er immer mit bedeutungsvoller Miene auf die großen außenpolitischen Entscheidungen, die demnächst schon für Deutschland heranreifen und ein „starkes Deutschland“ erfordern, wie es nur Hindenburg, der „Sieger von Tannenberg“, zu repräsentieren bzw. zu garantieren vermag. Da Brüning eine viel zu gute Jesuitenschule besucht hat, um nicht zu wissen, daß es zu Zeiten ratsam ist, eine allzu präzise Deutlichkeit zu vermeiden, so bleibt es dem Scharfsinn der Hörer überlassen, die erforderlichen Ergänzungen vorzunehmen. Einer sehr großen Phantasie hierzu bedarf es indessen nicht. Die Probleme, auf die Brüning anspielt, gipfeln in ihrer letzten Konsequenz in der Rückgängigmachung der Kriegsniederlage und der endgültigen Sicherung des sogenannten „Platzes an der Sonne“ für Deutschland.

So wenig neu wie diese Wortprägung, so wenig ist es dieses deutsche Sehnen. Kongo-Konferenz, China-Feldzug mit Besetzung von Tsingtau, Berlin-Bagdad-Bahn und Panther-Sprung nach Agadir waren nur Stationen auf dem Wege seiner Erfüllung, während der Weltkrieg diese selber bringen sollte. Diese Spekulation ist freilich gründlich fehlgeschlagen. Der einstige „Sieger von Tannenberg“ wurde der spätere Verlierer des Weltkrieges und der begehrte „Platz an der Sonne“ blieb Deutschland nicht nur verschlossen, sondern er ist heute noch umtrittener als eh und je. In und nach dem Kriege vollzogen sich in dem Wirtschaftsbild der Welt grundlegende Veränderungen und Verschiebungen, die Zahl der Konkurrenten um die Rohstoff- und Absatzmärkte nahm mit der wachsenden Industrialisierung und Technisierung der Landwirtschaft gewaltig zu und gleichzeitig verfiel mit dem Einbruch der Krise und ihrem Fortgang der Platz an der Sonne einer beängstigenden Schrumpfung.

Das ist in kurzen Strichen die Situation, der heute der deutsche Kapitalismus gegenübersteht. Es ist ganz undenkbar, daß er damit Genüge nehmen kann. Seine Industrie schreit nach Absatz und kann er nicht beschafft werden, dann sind nicht nur die aufgewendeten Kapitalien endgültig verloren, sondern dann drohen große soziale Erschütterungen im Innern des Landes. So steht der deutsche Kapitalismus, will er sich behaupten, vor dem Zwang zur Expansion, zum friedlichen oder — wenn nötig — gewaltsamen Aufstoßen der ihm heute verschlossenen Tore zur Welt für die deutsche Industrie.

Es ist die erklärte Mission des Brüning'schen Kabinetts, hier Wegbereiter zu sein. Es genügt nicht, daß es die Kassen des Reiches den pleiten Banken und Konzernen zur Verfügung stellt; will es diese glücklich über den Berg der Krise bringen, dann muß es ihnen neue Aufträge zuführen und muß es vor allem die Hemmnisse beseitigen, die ihnen auf dem Weltmärkte begegnen.

Brüning hat auch nicht gezögert, die auf ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Sein Kabinettschleuderte im vorigen Jahre den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion in die Welt, der nicht mehr und nicht weniger bezweckte, als aus dem Balkan ein Hinterland des Ruhrgebietes zu machen. Freilich mußte Brüning später den damaligen Außenminister Curtius in die Wüste schicken, aber es wurde darum nicht zu den Akten gelegt und in seiner Neujahrsbotschaft ist der inzwischen zum Doppelminister avancierte einstige kaiserliche General Groener noch einmal ausdrücklich darauf zurückgekommen. Auch auf dem Balkan ist es nicht in Vergessenheit geraten. Umgekehrt: im Fortschreiten der Krise ist die Geneigtheit, mit Deutschland zu besonderen Handelsvereinbarungen zu kommen, von Tag zu Tag größer geworden, was sich schon aus dem Umstand erklärt, daß Deutschland der beste Kunde dieser hauptsächlich auf Ausfuhr von Bodenprodukten angewiesenen Länder geblieben ist. Deutschland stand darum im besten Begriffe, auf anderen Wegen zu dem Ziele zu kommen, das ihm im vorigen Jahre auf Grund des Einspruchs aus Paris und London verstellt worden ist.

Hier setzt nun der zweite große Akt in dem Ringen der kapitalistischen Großmächte um ihre Vormachtstellung auf dem Balkan ein, für den der Vorhang soeben auf der Viermächtekonferenz in London in die Höhe gezogen worden ist und worin Frankreich als Hauptakteur auftritt. Besorgt hat Paris diese Annäherungen zwischen Deutschland und dem Balkan verfolgt. Verdichteten sie sich weiter, dann drohte Gefahr, daß die sogenannte kleine Entente, die sich Frankreich auf dem Balkan zur Sicherung seiner eigenen Interessen gesichert hatte, auseinanderbrechen und daß somit dieses ganze mit Mühe und großen Kosten errichtete Werk aus dem Weltbild verschwinden werde. Diese Perspektive war

für Frankreich zu beunruhigend, um in Untätigkeit zu verharren. Zunächst bemühte es sich, die Balkanstaaten durch Gewährung von Anleihen immer enger an sich zu ketten, und als auch dies nicht zu dem erwarteten Erfolg führte, zog Tardieu das Projekt einer Donaukonföderation, bestehend aus Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, aus der Tasche. Alle diese Länder sollten wirtschaftlich verschweißt und in ein einheitliches Zollgebiet aufgelöst werden. Für den Fall, daß die Länder hierzu ihre Bereitschaft erklärten, wurde ihnen von Frankreich eine umfangreiche finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt, womit allerdings wieder Bedingungen verknüpft wurden, die praktisch auf eine vollkommene politische Kontrolle der unterstützten Staaten durch die Geldgeber hinausliefen.

So kühn das Projekt in seiner Anlage auf den ersten Blick erscheint, so wenig vermag es den Problemen gerecht zu werden, die den Balkan heute überschatten. Die fünf für den Zollbund ins Auge gefaßten Länder bilden kein sich ergänzendes Wirtschaftsgebiet. Wohl mögen der österreichischen und vor allem der tschechischen Industrie bessere Absatzmöglichkeiten winken, aber zur Aufnahme der Agrarprodukte, ohne deren Ausfuhr die drei andern Beteiligten nicht bestehen können, sind sie nicht imstande. Die Absatzprobleme dieser Staaten beständen nach wie vor weiter und die einzige Frucht, die ihnen aus dem Tardieu-Projekt in den Schoß fallen würde, wäre eine vorübergehende Entspannung ihrer Finanzlage.

Schon diese statistisch leicht nachweisbare Tatsache läßt die wahren Absichten des Tardieu-Planes erkennen: es handelt sich um den letzten großen Versuch, Frankreichs Vormachtstellung auf dem Balkan zu behaupten und die

von dem deutschen Kapitalismus drohende Gefahr zu bannen. Dabei wiegen wirtschaftliche Gesichtspunkte gleich schwer wie politische. Ist es der politische Sinn des Projekts, einen wirksamen Riegel gegen eine Realisierung der in der letzten Zeit wieder wachgerufenen Träume von einem Mitteleuropa unter deutscher Führung vorzuschleppen, so verfolgt der Plan auf wirtschaftlichem Gebiet den Zweck, die gewaltigen, von Frankreich auf dem Balkan investierten Kapitalien gegen die deutsche Konkurrenz zu sichern.

Auf der Londoner Viermächtekonferenz sind diese Probleme und kapitalistischen Gegensätzlichkeiten in das Blickfeld der gesamten Weltöffentlichkeit gerückt worden. Sie hat auch klar die Konturen der Mächtegruppierungen hervortreten lassen, die um die verschiedenen Lösungsversuche bereits in der Bildung begriffen sind. Das braucht noch nichts Endgültiges zu sein. Verschiebungen und Umgruppierungen sind noch sehr wohl möglich, zumal weder Deutschland noch Frankreich in der Folgezeit irgend etwas unvernünftig lassen werden, was die Gruppierungen zu ihren Gunsten korrigiert.

Aber es hat schon Bedeutung, daß Brüning heute so unentwegt nach einem „starken Deutschland“ ruft, denn letzten Endes wird die Lösung des Knotens, den der Donauraum für die kapitalistischen Staaten bildet, kaum im Wege von Verhandlungen, sondern nur durch Handlungen zu erreichen sein. Schon einmal hat sich im Ringen um den Balkan ein Weltkrieg entzündet. Wenn darum Brüning und mit ihm die ganze herrschende Klasse — von der Eisernen Front ganz zu schweigen — sich um die Person Hindenburgs schart, dann nicht zuletzt aus der Erwägung, daß das kapitalistische Deutschland ihn weniger als Präzidenten denn als Generalfeldmarschall braucht.

Die Gegensätze in London

Frankreichs Gegengründe

Als der französische Finanzminister von dem Besuch bei MacDonald im Unterhaus in sein Hotel zurückkehrte, war klar, daß keine Hoffnung mehr auf eine Rettung der Londoner Viermächte-Donaukonferenz besteht. Flandin hatte sich vor dem Besuch bei MacDonald mit Tardieu telephonisch in Verbindung gesetzt und sich mit ihm über die Lage ausgesprochen. Es wurde beschlossen, daß Frankreich unter keinen Umständen den Gedanken einer Neubis-Zehn-Mächtekonferenz annehmen könne, sondern auf der Zusammenkunft der fünf Donaumächte bestehen solle, und hieran hat sich durch die MacDonald-Flandin-Unterredung nichts geändert.

In französischen Kreisen ist man der Ansicht, daß damit die Viermächte-Konferenz tot ist. Man glaubt nicht, daß die Sitzung dieser Konferenz jemals wieder aufgenommen wird, da sich bisher nicht die geringste Aussicht auf eine Annäherung der sich einander gegenüberstehenden Ansichten zeigt und von einer gemeinsamen Grundlage für eine Einigung nicht die Rede ist.

Die Gegengründe gegen die deutschen Vorschläge, die Flandin während der Besprechungen des Vierer-Ausschusses am Donnerstag vorbrachte, erstreckten sich in der Hauptsache auf folgende zwei Punkte:

1. Der französische Plan versuche, der gesunden wirtschaftlichen Einheit der alten Donaumonarchie möglichst nahe zu kommen. Zur Zeit der Donaumonarchie habe der Donauraum rund 40 Prozent seiner Einfuhren von Deutschland bezogen, und es sei nicht einzusehen, warum bei Bildung eines ähnlichen wirtschaftlichen Blocks nicht dieselben günstigen Bedingungen für die deutschen Ausfuhrer gegeben sein sollten. Was die von Deutschland befürchtete industrielle Vormachtstellung der Tschechoslowakei im Donauraum betreffe, so sei zu bemerken, daß die Tschechoslowakei zur Zeit der Donaumonarchie ihre industriellen Erzeugnisse vollkommen zollfrei in dem übrigen Donauraum absetzen konnte, während ihr jetzt nur noch eine Zollbegünstigung von 10 Prozent zugestanden werden solle. Außerdem sei die tschechoslowakische Industrie nicht so entwickelt wie die deutsche.

2. Der deutsche Vorschlag sei insofern mit dem bestehenden Meistbegünstigungssystem nicht vereinbar, als jeder andere Staat, der mit Deutschland Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen habe, gegen eine Gewährung einseitiger Präferenzen Deutschlands gegenüber diesem oder jenem Donaustaate Einspruch erheben könnte. Der deutsche Vorschlag bedeute Mehrabgabe von Wirtschaftsgütern aus dem Donauraum und daher eine Benachteiligung der bisherigen übrigen Lieferländer Deutschlands.

Das Echo in der Presse

Die Londoner Presse stellt einmütig den Zusammenbruch der Viermächte-Donaukonferenz fest. Die Bemerkung des Staatssekretärs

von Bülow, daß es unmöglich sei, die französischen und deutschen Pläne zu vereinigen, hat nach dem „Daily Telegraph“ die Anwesenden von der Hoffnungslosigkeit der Bemühungen überzeugt, in London zur Zeit irgendwelche sachlichen Entscheidungen zu treffen, die über die rein formelle Weiterbehandlung hinausgehen.

Der „Daily Express“ führt den Zusammenbruch der Konferenz auf die Weigerung Deutschlands und Italiens zur Aufgabe von Meistbegünstigungsrechten zurück und sagt, daß die Deutschen stets den Verdacht gehabt hätten, Frankreich wolle Deutschland vom Donaubecken abschürzen und eine Vereinigung mit Oesterreich unmöglich machen.

Der oppositionelle „Daily Herald“ meint, das Ergebnis sei unvermeidlich gewesen, nachdem Mac Donald sich auf den hoffnungslosen Versuch eingelassen habe, Deutschland und Italien zur Annahme des französischen Plans, der wirtschaftlich zwecklos sei und politische Ziele verfolge, überreden zu wollen.

In der großen Pariser Presse werden Italien und besonders Deutschland für das Scheitern der Londoner Verhandlungen verantwortlich gemacht. Für den Augenblick, so schreibt der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“, hätten die Donaustaaten nur ihrem eigenen Schicksal zu folgen. Der Plan zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung sei zusammengebrochen und eine finanzielle Unterstützung unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich geworden. Oesterreich, Ungarn, Rumänien und die Tschechoslowakei wüßten aber zum mindesten, daß sie dies nur Deutschland und Italien zu verdanken hätten, die in den französisch-englischen Vorschlägen eine Konsolidierung der Verträge und eine Festigung des mitteleuropäischen status quo befürchteten. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß das Reich durch seinen Egoismus und durch seine Weigerung, selbst das kleinste Opfer zu bringen, alle Bemühungen zunichte gemacht habe. Die beiden Länder Oesterreich und Ungarn, deren Freund sich Deutschland nenne, würden in absehbarer Zeit zur Verhängung eines allgemeinen Moratoriums schreiten müssen und Deutschland allein werde die Verantwortung dafür tragen (!).

Umgekehrt ist natürlich die deutsche Presse bemüht, alle Schuld auf Frankreich zu häufen. Die sogenannte „nationale“ Presse kann ihr Wohlgefallen an dem Scheitern der Konferenz kaum verbergen, während der „Vorwärts“ den gegen Deutschland e. obenen Vorwurf der Obstruktion und Sabotage mit einem Eifer zurückweist, um den es jedes Blatt der Rechten förmlich beneiden müßte. (Siehe hierzu den heutigen Leitartikel.)

Aufsehenerregende Verhaftung in Warschau. Großes Aufsehen erregt in Warschau die Verhaftung des früheren Leiters der höchsten staatlichen Kontrollkammer und Obersten der Reserve Ziemkiewicz. Angeblich hatte eine mehrstündige Hausdurchsuchung zahlreiches strafrechtlich belastendes Material zutage gefördert. Weitere Einzelheiten werden zunächst geheimgehalten. Wie der sozialistische „Robotnik“ erfahren haben will, steht Ziemkiewicz im Verdacht, sich wertvolle Handschriften aus im Museen angeeignet zu haben.

Abbruch des Buchdruckerstreiks in Ungarn

TU. Budapest, 7. April.

Der Setzerstreik ist abgebrochen worden. Für den Abbruch des Streiks waren drei Gründe maßgebend: 1. wollte die sozialdemokratische Parteileitung dem Vorwurf zuvorkommen, als lasse sie die Buchdruckergewerkschaft nur dann in den Streik treten, wenn das sozialdemokratische Parteiorgan gemäßigt wird, während in einem Fall, wo sich eine Regierungsmaßnahme gegen ein bürgerliches Blatt gerichtet hatte, zu keinem Streik aufgerufen wurde; 2. ist die Lage der Unterstützungskassen der Buchdruckergewerkschaft stark erschöpft, so daß die Streikenden nur geringe Unterstützung hätten erhalten können; 3. daß nach einer Klausel des allgemeinen Tarifvertrages dieser erlischt, wenn ein politischer Setzerstreik länger als drei Tage dauert. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage des Zeitungsfaches und der großen Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern wollten die Sozialdemokraten die Verantwortung für einen tariflosen Zustand nicht übernehmen.

Die Arbeiter der Budapester Fabriken und sonstigen Betriebe planten aus Anlaß der Ueberreichung der Denkschrift einen halbstündigen Proteststreik, dem aber von den Arbeitgebern mit einer Stilllegung aller Betriebe zuvorgekommen wurde. Bei Straßenumgehungen der ausgesperrten Arbeiter kam es dann am Donnerstag zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen ein Arbeiter getötet wurde.

Daraus geht hervor, daß, wie üblich, die Sozialdemokratie nach ihrem mit großer Kraftmeierei angekündigten „Kampf“ feige zurückgewichen ist. Das wird von der Regierung schnell zum Gegenschlag ausgenutzt.

Verbot politischer Streiks

TU. Budapest, 8. April 1932.

Wie „Pesti Naplo“ erfahren haben will, bereitet die Regierung ein Gesetz vor, wonach der politische Streik verboten wird. Gleichzeitig sollen etwa 100 Maschinensetzer ausgebildet werden, die außerhalb der sozialdemokratischen Fachgewerkschaft stehen, und für den Fall politischer Streiks das Erscheinen der Blätter ermöglichen.

Polen kartelliert Kohlen-Industrie

Warschau, 8. April 1932

Im amtlichen Verordnungsblatt „Dziennik Ustaw“ Nummer 29 vom 7. April wurde eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes veröffentlicht, die vor allen Dingen eine zentrale Kartellierung der polnischen Kohlenindustrie vorsieht. Ferner wird die Regierung ermächtigt, die gesamte Kohlenförderung sowie deren Absatz auf dem Inlandmarkt und bei der Ausfuhr zu regeln in der Weise, daß für die einzelnen Gruben ganz bestimmte Kontingente festgesetzt werden, die unter Androhung hoher Strafen von 10 Zloty je Tonne bis zu 3000 Zloty oder drei Monaten Gefängnis eingehalten werden müssen. Schließlich ist auch noch die Schaffung eines besonderen Ausgleichsfonds ins Auge gefaßt. Die Verordnung ist als Rahmengesetz gedacht und läßt dem Handelsminister noch weitere Eingriffsmöglichkeiten offen, u. a. auch hinsichtlich der Lohnpolitik. Im Vordergrund steht die Sorge um die wichtigste polnische Kohlenausfuhr nach den nordischen Ländern, wo der englische Wettbewerb in den letzten Wochen immer größere Fortschritte aufzuweisen hat.

Eine Festung eingenommen

New York, 8. April 1932

Wie aus Guayaquil gemeldet wird, haben die meuternden Matrosen in Ekuador in Verbindung mit den anderen Aufständischen die Festung Punta Piedra eingenommen. Sie beschlagnahmten sämtliche Waffen und Munition und dampften nach der Provinz Manabi in dem Kanonenboot „Cotopaxi“ ab. Die Aufständischen befinden sich unter dem Oberkommando von General Mendoza, der bei den letzten Präsidentenwahlen geschlagen wurde.

Wer macht es nach?

Den Genossen in Delitzsch ist es gelungen, den

Abonnementstand der „SAZ“ in ihrem Ort seit Ostern zu verdreifachen.

Sie haben damit erreicht, daß ihnen die „SAZ“ nunmehr zu verbilligten Preisen geliefert wird.

Was in Delitzsch möglich war, muß auch anderwärts möglich sein. Genossen, werbt unermüdetlich für die Tageszeitung der SAP!

Wer übertrumpft Delitzsch?

Sachsen 1923

Aus Stresemanns Erinnerungen — Ein trübes SPD-Kapitel

2. Fortsetzung und Schluß.

Das offen zur Schau getragene Doppelspiel der Herren Schmidt, Radbruch Sollmann

empört nun den Reichskanzler aus bitterste.

Er bestreitet militärische Provokation. Zeigner habe erklärt, er weiche nur der Gewalt, so habe man Gewalt anwenden müssen. Das Vorgehen in Dresden sei

„weniger provokatorisch als die kürzlich von sozialdemokratischer Seite empfohlene Verhaftung der kommunistischen Regierungsmitglieder durch Militärorgane“.

Am 30. Oktober notiert Stresemann weiter in den „Tagesnotizen“:

„Große Erregung in sozialdemokratischen Kreisen über Amtsentsetzung sächs. Regierung. — Gute Nachrichten aus England und Bayern.“

Die Bemerkung „gute Nachrichten aus England“ hat ihren tiefen Sinn. Wir wissen heute, nicht bloß aus den Memoiren des damaligen britischen Botschafters in Berlin, Viscount D'Abernon,

daß England darauf drängte, die Reichsregierung möge die anwachsende sozialistische Bewegung blutig niederschlagen. England begünstigt damals, im Gegensatz zu Frankreich, eine Erstarung des Reichsgedankens. Das war auch der Grund, weshalb Stresemann, mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister, den ehemaligen deutschen Kronprinzen aus Wieringen nach Deutschland zurückrief. Es galt für England, ein Gegengewicht gegen die von Frankreich begünstigten separatistischen Strömungen in Bayern und die monarchistischen Restaurationswünsche Wittelsbachs zu schaffen.

D'Abernon berichtet unter dem Datum vom 27. Oktober 1923 darüber in seinen Erinnerungen (Band 2, Seite 310):

„Der Reichskanzler erzählte mir gestern, daß die Regierung dem Kronprinzen wieder erlaubt habe, nach Deutschland zurückzukehren... Die sozialistischen Minister sind für die Erlaubnis eingetreten, weil sie glauben, daß es besser sei, zwei Thronprätendenten zu haben als einen.“

Am 1. November traten die sozialistischen Minister Radbruch, Schmidt und Sollmann aus der Regierung Stresemann aus. Ihr angebliches Motiv war das Vorgehen gegen Sachsen.

Am Sonntag, 3. November, sprach der eben zurückgetretene Reichsinnenminister Sollmann auf einer Kundgebung der republikanischen Jugendverbände im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in der Leipziger Straße zu Berlin. Unter großem Beifall seiner jugendlichen Hörer brach er temperamentvoll in die Worte aus:

„Wenn die Republik jetzt stirbt, so stirbt sie an der Feigheit ihrer Führer.“

An der bayerisch-thüringischen Grenze standen in jenen Tagen die Gewalthaufen des Kapitäns Ehrhardt geballt, der als „Not-Polizei“ der bayerischen Regierung zum Einfall in Thüringen und zum Marsch auf Berlin bereit stand. Diese Situation muß man im Auge behalten.

Nach Beendigung der Kundgebung im Herrenhaus, bat der Redner Sollmann „die Kollegen von der Presse“ noch einen Augenblick zu verweilen. Dann sprach er so zu ihnen: Die Worte, die er vorhin gesprochen und die solchen Beifallsturm erzeugt hätten, könnten leicht gegen Ebert gedeutet werden. Er bitte deshalb, sie in den Berichten für die Presse zu unterdrücken...

Sie konnten auch gegen Sollmann gedeutet werden. Sie müssen es sogar. Ebert „schlief“ in der entscheidenden Stunde. Sollmann, Radbruch und Robert Schmidt hatten angeblich die klare, nach Stresemanns Zeugnis einstimmig gefaßte Entschließung des Reichskabinetts vom 27. Oktober 1923 mißverstanden. Was ist Wahrheit? Wir brauchen nicht zu fragen. Auf dem im Frühling des Jahres 1924 gehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei zu Hannover hat der Parteiführer Stresemann laut verkündet — wir zitieren nach dem Bericht der Stresemannschen „Zeit“ vom 30. März 1924, gegen den keine sozialdemokratische Stimme jemals erhoben hat:

„Wenn wir in Sachsen und in Thüringen einmarschierten, ohne Blutvergießen, dann vielleicht doch deshalb, weil die Sozialdemokratie für den Einmarsch gewonnen war und wir deshalb den Kommunisten allein gegenüberstanden und nicht irgendeiner pro-

letarischen Einheitsfront, die damals sehr schwer hätte auf uns lasten können...“

Wenn weiter auf einem anderen Gebiet (gemeint ist die Einreiselerlaubnis für den Exkronprinzen), wo wir Deutschen einem Manne eine Heimatstätte gewährten, der vom Feinde verfolgt war, wenn das mit der Zustimmung der Sozialdemokratie geschah, dann war dem Heimkehrten ein ganz anderer Empfang gewiß, als wenn er von einer

Parteiregierung herbeigerufen worden wäre. Alle diese Dinge haben wir in dieser Zeit mit der Sozialdemokratie bewirkt gegen scharfe Strömungen in deren eigenem Lager...“

So Stresemann.

Und Paul Levi mußte schreiben:

„Der Dolchstoß gegen die sächsische Arbeiterfront ist aus den eigenen Reihen gekommen.“
A. Kopp.

Riesenfeuer in München

Die Schrannehalle vernichtet

München, 8. April 1932

In der Nacht zum Freitag gegen 2.30 Uhr brach in der Schrannehalle am Viktualienmarkt ein Feuer aus, das sich rasch zum Großfeuer ausdehnte. Bereits eine Viertelstunde nach Ausbruch des Brandes wurde Großfeueralarm gegeben. Das Feuer griff auch auf einige Dachstühle gegenüberliegender Häuser über. Es entwickelten sich außerordentlich dichte Rauchschwaden, die den Markt stellenweise überlagerten. Den Wehrmannschaften gelang es, den Brand in mehr als dreistündiger Tätigkeit einzudämmen, so daß gegen 6 Uhr morgens „Gefahr vorüber“ gemeldet werden konnte.

Die Schrannehalle am Viktualienmarkt ist durch das Großfeuer vollkommen vernichtet worden. Bedauerlicherweise ereigneten sich dabei

viele Unfälle.

Es mußten insgesamt 87 Hilfeleistungen erfolgen, darunter allein 75 an verunglückten Feuerwehrleuten. Unter ihnen gab es

vier Schwerverletzte,

die vorwiegend schwere Rauchvergiftungen erlitten. Der am schwersten verletzte Feuerwehrmann war aus einer Höhe von sechs Metern abgestürzt. Eine größere Anzahl Zivilpersonen wurde ebenfalls wegen Rauchvergiftung behandelt.

In den Vormittagsstunden war noch ein großer Teil der Feuerwehrmannschaften am Brandplatz, der

ein groteskes Bild der Verwüstung

bietet. Es steht nur noch das eiserne Gerüst der Halle. Auch der Dachstuhl der anliegenden Freibankhalle wurde in Brand gesetzt; die dort untergebrachte Tabakprüfungsstelle hat schweren Wasserschaden erlitten. Desgleichen wurde der Dachstuhl der Löwen-

Apothek in Brand gesetzt und die Apotheke selbst in Mitleidenschaft gezogen. Ebenso wurden

in der ganzen Umgegend die Fensterscheiben der Wohnhäuser zertrümmert.

Auch die bekannte Gaststätte Heck hat zertrümmerte Fenster und eine schwer beschädigte Fassade aufzuweisen. Die Scherben liegen in Haufen auf der Straße.

Das Flammenmeer über der Schrannehalle bot einen grausigen Anblick, da die Flammen haushoch emporschlügen. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit entstanden sein.

Das Gebäude gehörte der Stadt, die es wieder zum Einstellen von Automobilen, Möbeln usw. vermietet hat. Die dort untergestellten Möbel und andere Lagerbestandteile sind vollständig verbrannt. Der Brand brach an der südlichen Ecke der lang gedehnten Halle aus.

Heftiger Sturm fachte das Feuer rasch an. Nachdem zuerst die Südwestecke in Brand geraten war, drehte der Wind und füllte die Blumenstraße mit ungeheuren Rauchschwaden an.

Ein mächtiger Funkenregen

ging über die Wohnhäuser an der Utschneider- und Blumenstraße nieder. Die Feuerwehr hatte während des Brandes vorsichtshalber mehrere Häuser von den Bewohnern geräumt. Der Dachstuhl eines Anwesens in der Nähe der Brandstätte war so stark gefährdet, daß Einsturzgefahr bestand.

Tschechisches

Militärflugzeug abgestürzt

Olmütz, 8. April 1932

Am 7. April früh stürzte in der Nähe von Sternberg ein Militärflugzeug des Olmützer Fliegerregiments Nr. 2 auf einem Übungsflug ab und bohrte sich tief in die Erde. Der Pilot und der Beobachter wurden tot aus den Trümmern hervorgezogen.

Es wird wieder geöffnet



In Finnland ist, selbstverständlich unter maßgeblichem Einfluß der reformistischen Sozialdemokratie, das Alkoholverbot aufgehoben worden. Der Tag, an dem die Aufhebung in Kraft trat, brachte einen großen Ansturm auf alle Verkaufsstätten. Stundenlang harrten die Wartenden aus, um den so lang „entbehrten“ Alkohol zu erstehen. Die Alkoholkapitalisten können sich über die Summen, die ihnen nun wieder hohe Profite sichern, die Hände reiben.

Massenmord eines Wahnsinnigen

Paris, 8. April 1932

Ein furchtbares Massenmorden spielte sich in den späten Nachmittagsstunden des Donnerstag in Sète ab. Ein plötzlich wahnsinnig gewordener Spanier erschoss auf offener Straße vier Männer und verletzte zwei Frauen schwer. Dann verbarrikadierte er sich in seiner Wohnung, wo er schließlich von der Polizei erschossen wurde.

Mord

an einem Siebzigjährigen

Köln, 8. April 1932

Am Donnerstag mittag wurde hier ein Verbrechen entdeckt. Der 70jährige Arzt Dr. Hugo Rubcasohn wurde in seiner Wohnung in Köln-Ehrenfeld ermordet aufgefunden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er ermordet worden ist. Der Tote war an Händen und Füßen gefesselt, in seinem Mund steckte ein Knebel. Die Tat ist vermutlich in den Abendstunden des Mittwoch begangen worden.

Die Uberschwemmungskatastrophe in Rumänien

Bukarest, 8. April 1932

Die Uberschwemmungsgefahr ist in Westrumänien noch nicht beseitigt. Der Verkehr ist auf 23 Bahnlängen vollkommen unterbrochen. Mehrere Hauptlinien sind stark beschädigt, so daß zur Vermeidung von Eisenbahnunglücken besondere Ueberwachungskommandos eingesetzt wurden. In der Moldau und Bessarabien sind einige hundert Lehmhäuser fortgespült worden. Todesopfer sind bisher sieben gemeldet. Kilometerweit ist das Ackerland überflutet. Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, da die Schneeschmelze in den Bergen andauert.

„Graf Zeppelin“ in Pernambuco

Pernambuco, 8. April 1932

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern um 19 Uhr mitteleuropäische Zeit in Pernambuco vor Anker gegangen.

Neues aus der UdSSR

Moskau, 8. April 1932

Dieser Tage ist in Wladimir eine neue russische Fabrik für die Herstellung von Meßinstrumenten und Teilen für die Automobilindustrie eröffnet worden. Diese Fabrik wird künftig Geschwindigkeitsmesser, Öl- und Benzinmesser herstellen zur Versorgung der großen Automobilfabriken „Stalin“ und „Molot“ in Nishni-Nowgorod.

Durch die erste Astronomie-Konferenz der UdSSR ist beschlossen worden, eine Sowjetexpedition nach Neuseeland vorzubereiten, welche die Aufgabe haben wird, Messungen der Deklination der Sterne auf der südlichen Halbkugel vorzunehmen. Die Konferenz faßte ferner den Entschluß, auch an den internationalen Längenmessungen 1933 teilzunehmen.

Bata gegen Iija Ehrenburg

Berlin, 8. April 1932

Vor der 19. Zivilkammer des Landgerichts II sollte am Freitag ein Prozeß durchgeführt werden, den der Tschechische Schuhkönig Bata gegen den russischen Schriftsteller Iija Ehrenburg auf Unterlassung von Behauptungen angestrengt hat, die Ehrenburg in einem Artikel im „Tagebuch“ aufgestellt hat. In diesem Artikel ist das Lohndrückersystem gekennzeichnet worden, das Bata durch eine gut funktionierende, fast militärisch aufgelegte Organisation in seinen Betrieben durchführte, und ferner wurde darin die Gewerkschaftsfeindlichkeit Batas behandelt. In einer Streitschrift an das „Tagebuch“ hatte Bata diese Behauptungen in Abrede zu stellen versucht und sich auf Bekundungen der Gewerkschaften berufen, wonach er „nicht gegen die Gewerkschaften, wohl aber gegen die kommunistischen Stänker“ sei.

Die Verhandlung, die großem Interesse der Öffentlichkeit begegnete, mußte aus formalen Gründen auf den 20. Mai vertagt werden, da die Klage in verschiedenen Punkten präzisiert werden muß.

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen

Broschüren!

Der Sturm bricht los! Erzählung von Fritz Rück

7. Fortsetzung

„Verbinden Sie mich mit Herrn Kriminalsekretär Heehinger im Polizeipräsidium“, sagt er kurz zu Rosenblum. Dann spricht er lange mit dem Kriminalsekretär. Gegen Schluß der Unterredung, die so leise geführt wird, daß der Gefreite nur ab und zu einen Gesprächsätzen erwischt, wird der Hauptmann lauter: „Ich halte es für völlig verfehlt, diese Vogelstraußtaktik einzuschlagen und vor scharfen Maßnahmen zurückzuschrecken, gerade jetzt, wo sie anscheinend am notwendigsten werden. Ihre Behörde hat manchmal so scharf zugegriffen, daß wir uns gewundert haben. Aber wenn Sie jetzt im richtigen Moment einige Verhaftungen vornehmen, könnten Sie vieles verhindern. — Ja, ich denke gerade an diesen Bessinger, so jung er ist, so gefährlich ist der Bursche. Sie wissen doch, daß er erst wieder in Berlin war und dort Verbindung mit der Spartakuszentrale aufgenommen hat. — So, der Bericht war von Ihnen? Alle Achtung, Ihr Ueberwachungsapparat funktioniert vorzüglich. Aber was nutzt das alles, wenn Sie nicht die richtigen Folgerungen daraus ziehen? — Natürlich, seine Exzellenz ist genau derselben Meinung wie ich. Von ihm geht sogar die Anregung aus. — Ja, leider haben sich die Zustände verschoben. Vor vierzehn Tagen hätte ich wegen einer solchen Bagatelle nicht so lange mit Ihnen zu sprechen brauchen. — Das sollte eben vermieden werden. Sie wissen doch auch, daß Anweisung ergangen ist, nach der die Generalkommandos solche Maßnahmen nur noch in Verbindung mit den politischen Behörden vornehmen sollen. — So, Sie bekommen Ihre Anweisungen nur noch direkt vom Innenministerium? Das ist aber stark. Da hätten wir ja in Zukunft dienstlich überhaupt nichts mehr miteinander zu tun. — Natürlich wird nur der Weg dadurch verlängert. Denn vorläufig wird auch das Innenministerium nichts anderes tun, als was wir wollen.“

XII.

„Bist du denn verrückt geworden?“ sagt Ziller am Ende des Telefongesprächs zu Otto Bessinger. „Sie werden uns die Bude zumachen und dann haben wir überhaupt kein Blatt.“

Otto schüttelt mit dem Kopf. „Du siehst eben noch immer nicht, wie weit wir schon sind. Unser Blatt war die ganzen Kriegsjahre über sehr wertvoll, obwohl uns diese gepfefferten Schweinehunde alle Rosinen herausgeholt haben. Es war Bindemittel und manchmal ist es uns ja auch gelungen, trotz der Zensur eine eigene Meinung zu entwickeln.“

„Bitte sehr, das war doch immer der Fall!“ Ziller wird direkt aufgeregt.

„Doch was sollen wir mit einem Blatt, das in dieser Art zensuriert wird, wie du ja gehört hast, noch anfangen? Und hier in dieser Druckerei sitzen wir fest wie in einer Mausefalle. Kannst du wagen, auch nur ein einziges Flugblatt hier zu drucken?“

„Man müßte es einmal versuchen.“

„Besser nicht. Ich wollte dir den Vorschlag erst später machen, aber das Generalkommando zwingt uns jetzt schon dazu: Du mußt morgen losgehen und eine Druckerei suchen, in der wir ungestört arbeiten können. Wir müssen natürlich bezahlen, aber das Geld dazu werde ich beschaffen.“

„Und was wird mit der Zeitung?“ fragt Ziller.

„Wir drucken die Nummer heute noch ohne jede Änderung und schaffen sie in der Nacht fort. Morgen kann dann die Polizei kommen. Wir werden zur Abwechslung einige Nächte nicht zu Hause, bei Muttern, schlafen und inzwischen kommen neue Ereignisse, die hoffentlich dieses Versteckspiels unnötig machen.“

„Also gut, ich werde anfangen, zu drucken. Aber du mußt die Vertrauensleute zusammen-

trommeln, damit alle Zeitungen heute aus der Druckerei kommen. Die Postaufgabe erledigen wir zuerst.“

„Die Vertrauensleute kommen heute im „Römischen König“ zusammen. Ich gebe Bericht aus Berlin. Da brauchen wir nur die Zeitungsleute benachrichtigen, daß es etwas abzuholen gilt.“

Eine halbe Stunde vor Beginn ist der Versammlungssaal bereits gefüllt. Es liegt ja in der Luft, daß irgend etwas im Werke ist. Man sieht Genossen wieder, die sich in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr an der Parteiliebe beteiligt haben. Auch einige Urtauber aus dem Feld sind dabei. Sie wissen, wie es draußen steht.

Einige Genossen aus den wichtigsten Betrieben werden sofort in die Druckerei geschickt, um dort die Zeitungen abzuholen. Dann gibt Otto Bericht. Er weiß, daß Spitzel in der Versammlung sind. Mögen sie berichten, daß die radikale sozialistische Partei das Ende des Krieges für gekommen hält und alle ihre Anhänger zu größter Aktivität auffordert. Einzelheiten werden hier nicht genannt. Aber als der jugendliche Redner sagt, daß in Wochen, vielleicht sogar in wenigen Tagen, ein entscheidender Umschwung der ganzen Situation kommen muß, da verstehen ihn die meisten. Nur einige ältere Genossen schütteln die Köpfe. Es geht ihnen zu rasch. Sie sehen

Vorlesung Dasio Koffler

h. d. Berlin, 8. April 1932.

Man weiß nicht recht, ob man, vom Standpunkt des „Deutschen Friedensbundes“, die Tatsache, daß diese pazifistische Organisation den Genossen Dasio Koffler den dritten Teil seines „Wilhelm II.“ lesen ließ, als einen Akt anerkennenswerten Mutes und weltanschaulicher Toleranz oder — politischer Naivität deuten soll. Es handelt sich immerhin um einen linksbürgerlichen Bund, in dem es von pazifistisch-reformistischen Völkerbunds- und Hindenburgillusionen nur so spukt. Es ist ein Trauerspiel, wenn man diesen prachtvollen 3. Teil des „Wilhelm II.“ hört, wenn man sich die Rolle Hindenburgs und des sozialdemokratischen Klüngels während des Krieges und die SPD-Verräterrolle der Ebert und Noske nach dem Kriege rekapituliert — es ist, als wollte Koffler eigens für diese Präsidentenwahl den Hindenburg-Nebel zerreißen. Die Wirkung des Vortrags war so stark, daß aus der Zuhörerschaft in der Diskussion Stellung gegen Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten genommen wurde. Der Versammlungsleiter stoppte die Debatte jedoch sofort ab. Ein schlechter Dank für Kofflers ausgezeichnete Vorlesung. Seine Einleitungsworte dazu waren bemerkenswert genug, als daß wir sie unseren Lesern vorenthalten dürften. Koffler leitete mit folgenden Worten ein:

Die bevorstehende Präsidentenwahl ist der geeignete Anlaß zur Feststellung, daß der Pazifismus nach vier Jahren Weltkrieg noch weitere vierzehn Jahre des Suchens gebraucht hat, um endlich das passende Symbol zu entdecken. Also hat die lange Suche sich wenigstens gelohnt; nur wird die Freude am Fund leider getrübt, wenn selbst die Entdecker ihn als „Uebel“ bezeichnen, das jedoch

im Moment nur, daß die Diktatur ihre Anstrengungen noch verschärft.

Emil Fried, der als reklamierter Automonteur bei Daimler arbeitet, kommt während der Diskussion zu Otto.

„Wir haben die letzten Flugblätter verbreitet, aber heute ist von der Direktion Anweisung ergangen, daß die Meister in allen Abteilungen auf die Gespräche hören sollen, um sie sofort im Büro zu melden. Ein Meister, der mit uns sympathisiert, hat uns informiert. Im Büro sind dauernd einige Kriminalpolizisten.“ Er ist etwas erregt über diese Nachricht, denn ihm, wie allen Reklamierten sitzt noch der Gedanke an den Schützengraben in den Knochen.

„Wir werden ihnen eine Antwort geben, die sie nicht übersehen“, sagt Otto. Rasch schreibt er den Text eines kurzen Handzettels.

„Geh sofort in die Druckerei zu Ziller, er soll diesen Handzettel in hundert Exemplaren herstellen. Ihr müßt das morgen im Betrieb ankleben“, sagt er zu Emil Fried. Der geht los. Unterwegs liest er die wenigen Worte. „Seid Ihr Menschen oder stumme Hunde?“ lautet die Ueberschrift. Dann wird mitgeteilt, daß die Direktion die Meister zu freiwilliger Spitzelarbeit aufgefordert hat und an die Belegschaft die Frage gerichtet, wie lange sie sich solche Methoden gefallen lassen wird.

Am andern Morgen klebt denn auch der Zettel auf sämtlichen Anschlagtafeln, in den Toiletten und Seitengängen des großen Werkes, und von seiner aggressiven, selbstbewußten Sprache geht eine ungeheure Wirkung aus.

Nach einem kurzen Schlußwort hat die Versammlung ein frühes Ende gefunden. Mit neuer Spannkraft erfüllt, gehen die Genossen nach Hause. Es muß doch anders kommen. Jetzt glauben sie daran.

Otto fährt noch einmal in die Druckerei. Ziller empfängt ihn mit gutmütigen Knurren. „Was denkst du denn eigentlich, wieviel heute noch gearbeitet werden soll? Die Zeitung ist raus, der Handzettel ist weg. Jetzt geh' ich schlafen.“

Aber dieser arbeitsreiche Tag schließt noch mit einer unerwarteten Wendung. Eben haben sie die Druckerei abgeschlossen, da kommt Zillers Junge angehetzt.

„Ein Brief aus Berlin!“ ruft er schon von weitem.

„Willst du gleich dein vorlautes Maul halten!“ herrscht ihn der Vater an, schaut sich vorsichtig um und nimmt das Kuvert.

Ein maschinengeschriebener Zettel ist der Inhalt: „Junger Artillerist, der mit Empfehlung von O. B. zu unserer illegalen Zentralkommission kam, heute verhaftet. Hat alles gestanden, unser Adressenmaterial ist beschlagnahmt. Keine Post senden, bis neue Adresse angegeben. Vorsicht geboten!“

„Da haben wir die Bescheuerung!“ sagt Otto Bessinger, als er die kurze Nachricht gelesen hat. „Und dieser Karl Berger machte einen so zuverlässigen Eindruck. Wenn ich jetzt nach Hause gehe, kann ich damit rechnen, daß sie mich noch diese Nacht wegholen.“

Kleines Feuilleton

Ein Dorf sinkt in die Tiefe

Das noch von der Römerzeit herstammende Dorf Villa Santa Stefano, ist einer Meldung aus Rom zufolge, im wahrsten Sinne des Wortes dem Untergang geweiht. Durch die verschiedenen Erdstürze, die mit unterirdischem Grollen verbunden waren, wurden sämtliche Einwohner zur sofortigen Räumung gezwungen. Die Erdeinbrüche erreichten eine Tiefe von 300 m und werden auf vulkanische Einflüsse zurückgeführt.

Die Nationen von Moskau

Wie wir aus Moskau erfahren, gibt es unter der Einwohnerschaft der Sowjethauptstadt nicht weniger als 120 verschiedene Nationalitäten. Die Hälfte dieser Nationalitäten weist bereits eigene Schulen auf. Weitere Schulinstitutionen sind in der Gründung begriffen.

Internationales Musikfest in Wien

Im Rahmen der Wiener Festwochen findet auch ein internationales Musikfest statt, zu dem bereits zahlreiche Anmeldungen aus aller Herren Länder eingelaufen sind. Die Wiener Staatsoper ist bei diesem Musikfest mit drei Festaufführungen beteiligt, und zwar werden am 17. Juni „Wozzek“, am 20. Juni „Der Musikant“ und am 22. Juni „Die Bacchantinnen“ über die Bretter gehen.

Theaterstücke

Rudolf Lothar und Charlie Roellinghoff haben ein musikalisches Lustspiel verfaßt, dessen Kompositionen Ralph Benatzky übernommen hat. Das Werk kommt demnächst in Berlin unter dem Titel „Eine Nacht mit Arabella“ zur Uraufführung.

Am Reußischen Landestheater in Gera kommt in Kürze das „Van-Gogh-Stück“ des Münchener Schriftstellers Friedrich Heißmann als Uraufführung heraus.

Am 20. April bringt das Städtische Schauspielhaus Frankfurt a. M. Fritz von Unruhs neues Bühnenwerk „Zero“ zur Uraufführung. K. K.

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original umgearbeitet und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Rama.
Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

19. Fortsetzung

Aber das war ja damals, in den Jahren des Zusammenbruchs, als die gemeinsame Sache und die gemeinsamen Hoffnungen von Roste der Niederlagen zersessen waren. Aber jetzt, wo sie einen so märchenhaften Sieg errungen haben, wo sie durch die Vorstufen der nationalen Umwälzung das herrliche Gebäude der Weltrevolution betreten haben, — wo blieb denn jetzt das kameradschaftliche Zusammenhalten, die brüderliche Selbstaufopferung und die ehrliche Aufrichtigkeit gegeneinander? Wo sie doch jetzt viel mehr Feinde umgeben, stärkere, listigere Feinde, blutdürstige. Kommt er, der Vorsitzende der allmächtigen Tscheka einer Großstadt, sich manchmal nicht vor, wie eine Henschrecke, die auf der Spitze eines Baumes sitzt, von dem ihn ein wilder Ausbruch des Kapitalismus gleich herabstürzen kann? Sollten da nicht alle wie einer fest zusammenhalten?! ... Doch sie? ... Neid, kommunistischer Hochmut, revolutionäre Scheinheiligkeit!! So zum Beispiel, dieser Fomin, dieser rothaarige Fuchs! — Wut steigt auf und kocht in Sudin und preßt ihm die Brust.

Genug! — schreit er — genug! ich will dem ein Ende machen!

Es klopf, und ins Zimmer tritt schleichend Lipschajewitsch.

„Darf man auf einen Augenblick zu Ihnen, Alexej Iwanowitsch? Ich wollte Ihnen nur etwas sagen.“ Er sieht sich mit ängstlichen springenden Augen im Zimmer um.

„Ich muß Sie warnen.“ er drängt sich dicht an Sudin heran und fährt, ihm ins Ohr flüsternd, fort: „Es beginnt gegen Sie ein Kesseltreiben, man hat wohl beschlossen, Sie zu verschlucken. Hüten Sie sich vor Fomin: er hat etwas im Sinn: heute nacht sind Pawlow und Walz durch Unbekannte verhaftet worden. Bei Gott, ich will nur Ihr Bestes, ohne Sie sind auch wir verloren.“

Sudin eckelt's. Er traut Lipschajewitsch nicht. Es widern ihm dessen freche, ölige Augen an, die er nur bei Spielern und Lakaien getroffen hat, und dieser stinkende Ton des Komplizen einer Diebesbande. Er weiß außerdem, daß Pawlow ebenfalls unsicher ist und daß man ihn längst schon hätte davonjagen müssen, und doch versetzen ihn diese Worte wieder in eine gallige Wut.

Verhaftet, weshalb, wo? Und hauptsächlich ohne sein, Sudins, Wissen?! Also, man traut ihm nicht mehr. Vortrefflich, dann mag es der letzte Tropfen sein, der das Maß seines Zornes zum Ueberlaufen bringt. Nach dieser Mitteilung ist ein Versteckspiel nicht mehr möglich.

„Vorzüglich, vorzüglich“, brüllt es in ihm; er zieht die Schultern zusammen und reißt sich die Hände entweder vor inneren nervösen Frösteln oder von den frischen Luftwellen, die durch das offene Fenster hineindringen.

„Ich verstehe nicht, was Sie beunruhigt“, wendet er sich verächtlich zu Lipschajewitsch, „ich fürchte mich nicht vor Intrigen: mein Gewissen ist ruhig und rein.“ Er beobachtet spöttisch, wie Lipschajewitsch verlegen langsam das Zimmer verläßt.

Er stürzt an das Telephon und verlangt Ignatjew.

„Ich möchte Sie in einer wichtigen Angelegenheit sprechen, kann ich sofort zu Ihnen kommen?“

„Bitte, sehr passend, ich erwarte Sie.“

„Sehr gut!“

Er atmet erleichtert auf und stärkt sich am Bewußtsein, nichts Unrechtes getan zu

haben. Er bestellt den Wagen, nimmt einen Bogen Papier, glättet es und schreibt ein Telegramm:

„Moskau. An den Vorsitzenden der Allrussischen Außerordentlichen Kommission, Kopie an das Zentralkomitee der Russischen Komm. Partei. Dringend, geheim. Bitte mich unverzüglich meines Postens zu entheben. Bin der Intrigen müde. Sudin.“

Er faltet das Papier zusammen, legt es in die Tasche des bereits angezogenen Mantels und geht munter hinaus. Sein Herz ist wie eine Dampfperle: lustig und derb.

Die Spritzer der Pfützen zerstäubend, hielt der Wagen vor dem Hause des Z. K., einem großen gelben Hause mit Kolonnen. Ruhig steigt Sudin die Wendeltreppe, die mit verbläuten Fahnen und Bildern der Führer geschmückt ist, hinauf. Vorbei an den Posten, durch den Korridor, Wartezimmer und Sekretariat kommt er zum Zimmer Ignatjews. „Einen Augenblick, ich werde gleich melden!“ springt der Sekretär auf, stürzt in die Tür, sie direkt vor Sudins Nase zuschlagend. Der ungewöhnliche Empfang verletzte ihn wieder und erweckte in ihm von neuem den Zorn gegen Fomin, gegen Ignatjew, wie gegen alle Welt, die auf einmal aufgehört hat, sich gegen ihn, Sudin, vertrauensvoll und einfach, wie früher, zu benehmen.

„Bitte!“ stürzt der Sekretär hinaus.

Ignatjew sitzt, wie immer, gespreizt im Sessel am Tisch, in einiger Entfernung von ihm, auf einem kleinen Ledersofa, der kleine, mit einer Windjacke bekleidete Genosse Schustry, der Sudin mit forschenden finsternen Augen betrachtet.

„Schon lange aus Moskau zurück?“

„Vorgestern.“

„Was gibt es dort?“

„Nichts Besonderes.“

Es kommt kein Gespräch auf. Sudin hat allerdings auch wenig Lust dazu. Er kam ja aus anderem Anlaß her. Und wenn auch Ignatjew, das Kinn auf den Arm gutmütig

gestützt, — keine Anstalten macht, Schustry zu entfernen, so mag es wiederum ein Trick sein, Auseinandersetzungen über die Handlung Fomin zu entgehen. Sudin wird es nicht mehr abhalten! Genug der Zeremonien! Er setzte sich fest und zornig in einen Sessel an den Tisch.

„Ich bin zu Ihnen gekommen, Genosse Ignatjew“, sagt er trocken und absichtlich laut, daß Schustry es höre, „um Sie in Kenntnis zu setzen, daß ich meinen Posten verlasse!“ Er macht eine Handbewegung, um das Telegramm aus der Tasche zu nehmen.

„Das wissen wir“, sagt Ignatjew ruhig.

„Wissen? Wir?“ erwägt staunend Sudin bei sich und sieht beide fragend an.

„Um so besser! Wenn Ihre Genossen in ihrer Hetze so kunstvoll und berechnend sind, daß sie die Wirkungen voraussehen, dann macht das irgendwem eine zweifelhafte Ehre!“ Er lächelte höhnisch. „Ich telegraphiere gleich an die A. A. K. und fordere eine Untersuchung durch das O. B.“

„Dem O. B. ist die Sache ebenfalls bekannt, Genosse Sudin“, klingt die hohe Stimme Ignatjews, „hier ist ja gerade der von ihm zur Untersuchung abgesandte Genosse Schustry.“

Sichtlich den Eindruck dieser Worte genießend, überreicht dieser Sudin sein Mandat. Unterschrieben von wichtigen Personen. Schustry wird kommandiert, seinen, Sudins, Fall zu untersuchen. Sudin zuckt nervös. Also seine Feinde machen es ernst; man hat gegen ihn sogar schon „einen Fall“ konstruiert. Und er, der Sempel, hat so unerschütterlich der brüderlichen Kameradschaft seiner Parteigenossen vertraut. Doch gilt es auch hier: Krieg ist Krieg!

Irgendeine alte Gewohnheit, ein sicherer Bau, Sudins Weltauffassung stürzt plötzlich dröhnend zusammen, wie ein starkes, großes Gerüst. Und nach dem Zusammenbruch bleibt nur ein grauer Schutthaufen liegen und Wolken von Staub. . .

Die „Linie“ siegt KPD gegen Einheitsfront

Eibenstock i. Erzg., 7. April 1932.

Wir haben vor einiger Zeit bereits berichtet, daß die KPD ablehnte, den zweiten Wahlgang und die Maifeier mit der SAP durchzuführen und daß sie das „Einheitskartell“ illusorisch gemacht hat. Gleichzeitig wurde aber die SAP zu einem Diskussionsabend eingeladen, den wir auch besuchten. Dort machte Hermann gegen die SAP völlig unberechtigte, jeder sachlichen Grundlage entbehrende Vorwürfe, so seien wir z. B. „konterrevolutionär, verlängerter Arm Brünnings, Betrugsmanöver, Wels, Leibärzte des Sozialfaschismus“. Gegen die bisherigen Handlungen der SAP, ihr Aktionsprogramm und die Prinzipienklärung war nichts einzuwenden. Unseren Genossen Engelmann und Felix Unger war es ein leichtes, diese Verleumdungen zu widerlegen. Manche bittere Wahrheit mußte sich die KPD sagen lassen. Am Ende des Diskussionsabends

gab Hermann bekannt, daß die KPD der SAP keinerlei Möglichkeit mehr zu gemeinsamer Aktion geben würde. Im gleichen Augenblick forderte er aber die SAP-Mitglieder auf, sich an der kommunistischen Demonstration gegen den japanischen Krieg zu beteiligen. Sämtliche SAP-Genossen dürften sich daran beteiligen, nur die SAP nicht, da sie eine feindliche Organisation sei. Und das soll ein normaler Mensch verstehen. Die Auswirkung der KPD-Politik zeigte sich zur Demonstration. Während an der letzten „Einheitsfrontdemonstration“ sich etwa 350 Männer und Frauen beteiligten, waren es diesmal genau 153, und es traf das ein, wovon Genosse Unger gewarnt hatte: Die Nazistrolche standen an den Ecken und grinsten den Demonstrationszug an. Das nennt die KPD „erfolgreiche“ Klassenpolitik. Arbeiter, lernt daraus und kämpft mit der SAP für die ehrliche Klassenfront.

tion, - für Hilferding existiert nur die „Freiheit“ der Weimarer Verfassung, „für die wir alles, was wir besitzen, hergeben müssen“. Der Freund Brünnings und Großpensionar hat gut reden! Welcher Abstieg von Verfasser des „Finanzkapitels“ zum Parteigänger 1932, der freilich nur noch in Klein- und Mittelstädten sprechen darf, da in den Großstädten die Erinnerung an seine Ministeramtstätigkeit wohl noch zu frisch ist. - Sehr heftig zog H. auch gegen die Kommunisten von Leder, ohne freilich, wie in seiner ganzen Rede, über SPD-Leitartikel-Argumente hinauszukommen. Aber auch hierbei wurde wieder deutlich, wie sehr die falsche Politik der Generallinie den reformistischen Führern in die Hände arbeitet.

Delitzsch

Mitgliederversammlung der SAP, Genosse Emil Heyen, Halle a. S., gab den Bericht vom Parteitag in Berlin. An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache an. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, der einstimmig zugestimmt wird und die folgenden Wortlaut hat:

„Die am 6. April stattfindende Mitgliederversammlung der SAP, Ortsgruppe Delitzsch billigt voll und ganz die auf dem Parteitag der SAP angenommene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm. Beide müssen Richtschnur der künftigen Politik und Arbeit der SAP sein. Es ist fernerhin nötig, die Mitgliedschaft durch Genossen, die fest auf dem Boden der Prinzipienklärung stehen, im Sinne derselben in allen Grundfragen des Marxismus-Leninismus zu schulen. Die Mit-

Leser wecht für die „SAZ“

gliedschaft weist entschieden die von Anna Siemsen und Genossen abgegebene Erklärung zurück, die die Prinzipienklärung nur als Diskussions- und nicht als Aktionsgrundlage betrachten wollen. Sie erwartet vom Parteivorstand, daß er solchen Versuchen, die Beschlüsse des Parteitages zu durchkreuzen und damit die Entwicklung der Partei zu hemmen, entschieden entgegentritt. Der in der Prinzipienklärung festgelegte demokratische Zentralismus gibt dabei durchweg die beste Möglichkeit der freien Meinungsäußerung.“

Der Organisationsplan zur Durchführung der Landtagswahlkampagne wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig gutgeheißen, ebenfalls die Aufstellung der Kandidaten für den Wahlkreis. Ebenso wurde die Besetzung der Vorstandsämter mit den Vorstandsmitgliedern, die die Funktionerversammlung vorgeschlagen hatte, einstimmig gutgeheißen. Mit der Aufforderung an alle Mitglieder, treu ihre Pflicht im Wahlkampf zu erfüllen, schloß Genosse Baumgärtel die Versammlung.

Schneeberg

Wieder ein „Sieg“ der KPD. Unter den Peitschenhieben des ZK und des sächsischen Parteikongresses der KPD ging auf ähnliche Weise wie in Falkenstein unsere mustergültige, dem Gegner Respekt einflößende Einheitsfront in Trümmer. Der Vorsitzende der KPD, der mit der Parole von Leipzig zurückkam, keine Einheitsfront mehr mit der SAP zu machen, mußte sich von seinem Genossen Schürer und von den SAP-Genossen sagen lassen, daß unsere Einheitsfrontarbeit tatsächlich dem Proletariat den Glauben an die eigene Kraft wiedergibt. Die wichtigen Einheitsfrontversammlungen und Demonstrationen, das Wahlergebnis usw. sind Beweise dafür. Die Politik der KPD, die Politik der Massenisolierung, ist falsch. Sie schwächt die Kampfkraft der Arbeiterklasse und stärkt den Terrorismus der Hitlergardisten. Am Tag der Einheitsfrontzertrümmerung offenbarte die KPD ihren „Masseneinfluß“ in einer Wahldemonstration, knapp hundert Arbeiter marschierten. Am Abend des 13. März marschierten über 1000 Proleten unter der Losung der Roten Einheitsfront.

„Eiserne Front“ wirbt für die katholische Kirche. Wie weit die Staats- und Kompromißpolitik die Sozialdemokratie bereits ideologisch aus dem Lager des Sozialismus geführt hat, zeigt neuerdings folgender interessanter Vorfall in Mainz. Gibt da ein gewisser Peter Ingbert Naab einen „offenen Brief an Adolf Hitler“ heraus, in dem mit schmalzigen Redensarten Hitler ins Gewissen geredet, er aufgefordert wird, sich mit seinem „Herrgott zu beschäftigen“. Dafür schlägt Pater Naab Hitler einen besonderen Psalmvers vor, der jeden Tag von Hitler gebetet werden soll. Schließlich wird Hitler noch auf seine römisch-katholische Taufe aufmerksam gemacht und gebeten, sich im Interesse seines Seelenheils wieder zu bekehren. An und für sich kann es uns gleichgültig sein, ob ein katholischer Pater dem „ungerateten Sohn“ Hitler ins Gewissen redet. Wenn man aber feststellen muß, daß Leute der Eisernen Front, geschmückt mit Hammer und SPD-Abzeichen, solches Zeug vertragen, dann greift man sich an den Kopf und fragt: Ist das die Sozialdemokratie, die einstmal eine neue Welt erobern wollte? Das Einschwenken in die Hindenburgfront und die Bettgemeinschaft mit dem Zentrum hat wahrlich die SPD schon weit gebracht.

Polizeidiktatur nur gegen links. Am Mittwochnachmittag sammelte sich eine Radfahrerkolonne unseres Schutzbundes in Stärke von acht Mann auf einem freien Platz. Als die Polizei an den Abzeichen unsere Genossen erkannte, ging sie sofort gegen sie vor und zwang sie zum Verlassen des Platzes. Dafür aber war das Verhalten der Polizei am Abend und in der Nacht gegenüber den Nazis weit friedlicher. Trotz Demonstrationsverbot zogen die Nazis unter Absingen von Liedern und „Heil“-Rufen bis spät in die Nacht durch die Straßen, ohne dabei von der Polizei viel „belästigt“ zu werden. Das aber nennt man in der Sozialdemokratie: „Kampf gegen den Faschismus“.

Wiesbaden-Biebrich

Öffentliche Versammlung. Zum erstenmal trat die SAP am Mittwoch in Wiesbaden-Biebrich mit einer öffentlichen Versammlung mit Genossen Marckwald und Pörzgen in Erscheinung. In der Diskussion sprachen drei Kommunisten. Ihre unsachlichen Ausführungen fanden sogar Widerspruch bei einigen kommunistischen Genossen, die angeekelt vom Treiben ihrer Genossen, die Versammlung verließen. Im Schlußwort sagte Genosse Ohlhoff den Kommunisten bittere Wahrheiten. Ihnen standzuhalten war zuviel für die Hauptschreier, so daß schließlich die Kommunisten ihr Heil in der Flucht aus der Versammlung sahen.

Dortmund-Martens

Zu unserer öffentlichen Versammlung hatten wir den SPD-Reichstagsabgeordneten Husemann, Bochum, zur Diskussion schriftlich eingeladen. Husemann hatte sich nämlich am 8. März dazu erniedrigt, unsere Diskussionsrednerin persönlich zu beschimpfen. Husemann ist natürlich zu unserer Versammlung nicht erschienen, obwohl wir ihm schriftlich eine Stunde Redezeit zugesichert hatten. Er hat sich in seiner Antwort, wie auch in dem Artikel der „Kiel-Tante“ sehr entrüstet, daß unsere Ortsgruppe so unverschämte sei, ihn als Korreferenten öffentlich auf Plakaten und Flugblättern namentlich zu nennen. Welche Verdrehungskunst! Wir stellen hiermit fest, daß wir wörtlich auf den Flugblättern geschrieben haben: „SPD-Genosse Husemann ist zu dieser Versammlung eingeladen worden“. Unsere Genossin Dauer referierte über das Thema: „Demokratie oder Diktatur?“ Sie verstand es meisterhaft, die Zuhörer zu fesseln, die anwesenden Kommunisten mußten sich auch gefallen lassen, daß die Referentin etwas scharf den plumpen Apparat-Gehorsam der KPD geißelte. In der Diskussion sprachen zwei KPD-Genossen. Wir möchten noch an dieser Stelle der KPD von Martens gesagt haben, daß man als Diskussionsredner doch möglichst keine politischen Kinder sprechen läßt. Mit der Aufforderung, am 10. April abermals Thälmann zu wählen, wurde die sehr ruhig verlaufene Versammlung beendet.

Fest steht und treu . . . die Eiserne Front. Die „Kiel-Tante“ in Dortmunde plauderte vor einigen Tagen mal wieder aus der Schule. In einem Artikel „Der Nazi-König als Fassadenkletterer“ tischt sie interessante Neuigkeiten auf. Das Blatt bringt in großen Lettern: „Fest steht die Eiserne Front!“ „Große Demonstrationen des Reichsbanners!“ „Große Kundgebungen in allen Ortschaften“ usw., und auf derselben Seite der „Kiel-Tante“ steht dann der oben schon erwähnte Artikel. Wie stehen denn nun in Wirklichkeit die „Eiserne“ und das Reichsbanner in Groß-Dortmund? Darüber wurden die Leser der „Volkszeitung“ in dem Nazi-König-Artikel genügend aufgeklärt. Selbst die „Linientreuen“ in Martens schützten die schweren Häupter, als sie lasen: der Groß-Dortmunder Oberbürgermeister hätte mit der Eisernen Front absolut gar nichts gemein, das sei eine kommunistische Anschließung. Der „Ober“ sei höchst erstaunt, daß in Dortmund eine „Eiserne Front“ existiere! Nein, noch viel mehr! Der „Ober“ habe bei der Beerdigung des SPD-Polizeipräsidenten Lübering, als das Reichsbanner den Trauerzug in Spalier nahm, ganz entrüstet gefragt: „Was sind denn det für uniformierte Leute?“ Vergessen hat nun nur noch die „Kiel-Tante“, daß der Oberbürgermeister gesagt haben soll: „daß er selbst nicht einmal weiß, wer Oberbürgermeister von Dortmund ist“. Nicht wahr, das hattetst du noch vergessen, liebe „Kiel-Tante“: Die „Eiserne Front“ - mit ihr das Reichsbanner - steht sehr fest! Sie sind so groß und stark! So populär, daß sie nicht einmal Dortmunds erster Bürger kennen.

Kiel

Der einstweiligen Verfügung gegen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wird stattgegeben! Das Amtsgericht Kiel, Amtsgerichtsrat Mackesprang, erkannte am Donnerstag vormittag in dem Verfahren Adolf Hitlers um den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Redakteur Wurbs folgendermaßen: „Einstweilige Verfügung. Dem Antraggegner (Wurbs) wird bei Vermeidung von Geld- oder Haftstrafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu behaupten, der Antragsteller (Hitler) bereite den Bürgerkrieg vor, er habe Putschanweisungen dahingehend gegeben, daß Waffen und Lebensmittel zu requirieren, die öffentlichen Gebäude zu besetzen und die Kassen dabei nicht zu vergessen seien. Die Kosten (300 M.) fallen dem Antraggegner zur Last. Dem Antragsteller wird eine Frist von sechs Tagen gesetzt, innerhalb derer er den Gegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptsache zu laden hat.“ In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Das Gericht kann nicht annehmen, daß der Antragsteller (Hitler) seine Eidspflicht verletzt hat. Dafür, daß seine eidesstattlichen Versicherungen der Wahrheit entsprechen, spricht auch, daß bisher nichts gegen ihn unternommen ist.“ Wer lacht da?

Stralsund

Rund um die „Eiserne Front“. Die „Hindenburg-Sozialisten“ wollen auch zum zweiten Gang nicht müßig bleiben. Die Reklame für Hindenburg ist noch bedeutend verstärkt worden. Auch die großstädtische Lichtreklame hat man herangezogen und Hindenburg aufs Dach gesetzt. Bilder und Broschüren werden in Massen verteilt. Die „Eiserne“ hat eine Kundgebung mit Lehrer Peters als „Redner“ abgehalten. Motto: „Wir müssen es eben alles vorläufig so hinnehmen, wie es ist, daran ist nichts zu ändern, aber wenn Hitler kommt, dann wird es erst schlimm, also wählen wir Hindenburg.“ Jedes Klassenbewußtsein fehlt diesen „Sozialisten“, aber Peters gehört zu den „Linken“.

Saßnitz

Die Kreideindustrie hat ihre Ausfuhr steigern können. Die Ausfuhr der eingestampften Kreide aus den hiesigen Kreidewerken zu Schiff hat sich gegen das Vorjahr gehoben. Bis jetzt sind schon 500 Tonnen mehr ausgeführt als im Jahre 1931. Gegenwärtig laden gleichzeitig vier Motorsegler zusammen 450 Tonnen für die verschiedensten Industrieorte. Für die Kreidearbeiter ist dieser Konjunkturaufschwung sehr zu begrüßen.

Dessau

Im Landtag werden jetzt nur Wahlreden gehalten. Die SPD ist die Leidtragende, denn ihre Redner müssen alle Regierungskünste verteidigen. Hätten wir normale Zeiten, so wäre vielleicht hier und dort statt Tadel Lob herausgekommen. So aber geht die Rechte, von der Volkspartei bis zu den Nazis, in hemmungslosen Agitationsreden an den Start. Das SPD-Organ klagt darüber in seinem Bericht und erhebt dabei die schwersten Vorwürfe gegen die KPD, besonders wegen der Etablettung im Haushaltsausschuß. Ministerpräsident Deist aber mußte seine Politik gegen die Angriffe des Bürgertums wegen der Einstellung der Unterstützungszahlungen verteidigen. Und auch hier wieder betont das schon gestürzte Ministerpräsident, daß er durch die Ablehnung im Ausschuß zur Einstellung gezwungen sei. Es ist also eingetreten, was wir im „Kampfsignal“ sagten. Regierung und Opposition benutzen die Ablehnung des Etats zur Agitation. Die Betroffenen jedoch dürfen die Kosten zahlen, und die Nazis werden den Gewinn verbuchen. So erweist sich immer mehr, daß ein kleines Land wie Anhalt jede Existenzberechtigung verliert. Fort daher mit dem Länderpartikularismus. In dieser Richtung wird die SAP den Kampf in den Parlamenten führen.

SA überfällt Reichsbannerführer. Die Dessauer SA verteilte in den Morgenstunden des Mittwoch Flugblätter vor den Junkers-Werken. Der Dessauer Schutz-Führer Stamm wurde von ihnen, als er mit dem Rade zu seiner Arbeitsstelle fuhr, angefahren und zu Fall gebracht. Später, als er sich auf dem Wege vom

Radstand zum Betrieb befand, wurde er von einer Horde von 50-60 SA-Leuten tätlich angegriffen. Der Radstand des Flugzeugwerkes befindet sich außerhalb des Werkes. St. war beim zweiten Überfall in Begleitung von einigen Arbeitskollegen. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurden zwei der Begleiter Stamms verletzt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Nach dem „Volksblatt“-Bericht soll das Überfallkommando erst beim zweiten Anruf erschienen sein und dann auch erst eingegriffen haben, als es mehrmals von den Arbeitern dazu aufgefordert war. Das „Volksblatt“ findet diese Haltung unverständlich. Nun, wir auch, zumal ja der Stadtrat Sinsel (SPD) Polizeizehrent ist. Wir müssen es zwar dem „Volksblatt“ überlassen, für diese Schilderung seiner Augenzeugen einzustehen, glauben aber, daß sich der Vorfall so abgespielt hat. Denn die Haltung der Polizei bei dem Sonntagsüberfall in der Amalienstraße läßt diese Deutung durchaus zu. Wir stellen daher nur fest, daß das „Volksblatt“ öffentlich bestätigt, daß trotz Herrn Sinsel sich die Haltung der Dessauer Polizei nicht ändert, daß nach wie vor die organisierten Straßenräuber äußerst zart angefaßt werden. Wir stellen weiter fest, daß die „Fürstenhof-Kaserne“ als Ausgangspunkt für diese Überfälle noch heute existiert, und sind ferner der Meinung, daß damit wieder eine „Machtposition“ zur Illusion geworden ist.

Gotha

Einen sinnfälligen Ausdruck für die „Macht“, die die Arbeiterschaft in der „kommunistischen Hochburg“ Gotha dank der kommunistischen Niederlagenstrategie noch inne hat, boten die politischen Demonstrationen, die KPD und Nazis in den letzten Tagen hier veranstaltet haben. Im Zentrum und den westlichen Außenbezirken der Stadt demonstrierten die Nazis mit einigen Tausend ihrer Anhänger. Von der Polizei beschützt, demonstrierte die KPD im Ostviertel der Stadt mit 323 Teilnehmern, darunter 39 Schulkinder.

Bernburg

Hilferding spricht. In einer SPD-Versammlung sprach Hilferding. Unter roten (!) Fahnen hielt er eine Wahlrede für den kaiserlichen Generalfeldmarschall. Seine Ausführungen waren weder rhetorisch noch inhaltlich irgendwie von Bedeutung. Er machte die Nazis lächerlich, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Faschismus marxistisch zu erklären. Von dem, was nun aber eigentlich die SPD wolle, war außer allgemeinen Redensarten und der Aufforderung, für Hindenburg zu stimmen, nichts zu hören. Nichts hörte man von Arbeitslosigkeit, Massenelend, Sozialreak-

Der wandernde Berg



Bei Falkenberg, an der Strecke Dresden-Chemnitz, befindet sich seit längerer Zeit ein wandernder Berg in Bewegung. Die Reichsbahn hat Spezial-Baggerwagen an die gefährdete Stelle entsandt, um die Gleise von dem vordringenden Geröll freizuhalten.

Sportschau der SAZ

Großmacht „Solidarität“

Die Sport- und Schutzorganisation der Arbeiter- und Kraftfahrer

Man kann in der Sportbewegung eine Erscheinung beobachten: trotzdem die übergroße Mehrzahl aller Sporttreibenden Arbeiter, meist Handarbeiter ist, ist ihre Mehrheit doch in bürgerlichen Vereinen organisiert. Eine erfreuliche Sonderstellung nimmt der Rad-sport ein. Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund ist die größte radsportliche Organisation überhaupt, seine Mitgliederzahl in Deutschland ist nicht weniger als dreimal so groß wie die aller bürgerlichen Organisationen zusammen.

Das kommt nicht zuletzt daher, weil der Bund Solidarität außerordentlich leistungsfähig ist, leistungsfähig sein kann durch die große Zahl seiner Mitglieder. Von den 314 000 Anhängern des Bundes sind 14 150 Kinder, 58 700 Jugendliche unter 21 Jahren und 241 550 Mitglieder über 21 Jahre. Der Mitgliederverlust von knapp 5 Prozent gegenüber 1930 ist im Vergleich zur Steigerung der Erwerbslosigkeit kaum nennenswert. Besonders natürlich macht sich die wirtschaftliche Lage bei den Motorfahrern des Bundes bemerkbar, deren Sport immerhin der kostspieligste ist. 3700 Fahrer mußten ihre Kraft-räder abmelden oder sind ausgeschieden. Trotzdem hat der Bund heute noch 25 000 Motor-fahrer (die Autofahrer sind von dieser Statistik noch nicht erfaßt).

Trotz der Wirtschaftskrise hat sich 1931 die Ausgabensumme für Unterstützungen gegenüber 1930 um 41 018 Mark auf 698 502 Mark erhöht. Die Ausgabe wurde in der Hauptsache verursacht durch vermehrte Rechtsschutzfälle der Motorfahrer und durch Radunfall-Unterstützungspflicht. In 400 Rad-diebstahlfällen (1600 gegen 1194 im Vorjahr) sprang der Bund ein. 26 433 Mark war die Mehrausgabe.

In seinen Leistungen ist der Bund uner-reicht. Ein gut organisierter Rechts- und Haftpflichtschutz für die Mitglieder steht neben einem nicht minder ausgezeichneten Sport-betrieb. Touren- und Wanderfahrten, Saal-sport mit Schul- und Kunstfahren, Radball- und Radpolospiele sind der Kern. Aber auch Straßen- und Bahnrennen werden veranstaltet, die sich aber günstig abheben von der Re-kordhetze bürgerlicher Sportorganisationen. Hier wird der Sport nicht für die Zuschauer gemacht, sondern für die, die selbst Sport treiben. Die Motorfahrer unternehmen ebenfalls Wanderfahrten, aber auch Geschick-lichkeits- und Tourenfahrten.

Alles in allem: Der Bund Solidarität ist auf der Höhe. Jeder arbeitende Rad- oder Motorradfahrer gehört nur in diesen Bund!

Tagung der Kreis-Handballleiter

Nach dreijähriger Pause tagten am 2. und 3. April die Kreis-Handballleiter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in der Bundesschule zu Leipzig. Der Bundesvorstand und die Bundesfußballleitung waren ebenfalls vertreten.

Der Bericht des Bundespräsidenten Schulze über die letzten drei Jahre zeigte einen ununterbrochenen Aufstieg der Spielbewegung. Das Handballspiel und Tennis sind daran in besonders hohem Maße beteiligt.

Das Referat des Bundespräsidenten Schulze über „Die Spieler in der Turnsparte“ brachte wertvolles Material und eine erzieherische Aussprache. Engste Zusammenarbeit und allseitiges Verständnis aller Spartenenteile wurde gefordert. Der neuen Bundes-satzung für Handballspiele wurde nach eingehender Beratung zugestimmt. Am 1. Oktober sollen die

Bestimmungen in Kraft treten. Die neue Handballregel wird am 1. Mai für den Spielverkehr freigegeben.

Über den Sinn der Leibesübungen sprach der Bundesschulrat Bonehoff. Seine wertvollen Ausführungen haben den Kreisleitern neues Rüstzeug auf den Weg gegeben. Einleitend ist die jährliche Austragung der Bundesmeisterschaft im Männerhandball beschlossen worden. Weitere Bundesmeisterschaften für Tennis und Faustball wurden der Notzeit wegen auf später verschoben werden.

Neue Richtlinien und Wege weisen auch ein Referat des Bundeshandballleiters am Schluß der Tagung, und die Kundgebung, alles einzusetzen, um dem Arbeitersport weitere Erfolge zu verschaffen.

Aus dem Lausitzer Handballager

Löbau spielt gegen 2. Gruppe. — Vereinswettkampf Leutersdorf-Neugersdorf.

Neugersdorf I gegen Seiffenherdorf I (9.30 Uhr). Neugersdorf ist auf eigenem Platz ein sehr beachtlicher Gegner geworden, der noch mit mancher Mannschaft fertig werden wird. Die Seiffenherdorfer müssen sich tüchtig anhalten, wenn sie ein günstiges Resultat erzielen wollen. Schiedsrichter: Zeutschel (Leutersdorf). — Leutersdorf I gegen Neugersdorf I (15.30 Uhr). Im Rahmen eines Vereinswettkampfes werden sich obige Mannschaften den spannendsten Kampf liefern. Beide Mannschaften zeigen schon immer sehr gute Spiele. Wenn sich Neugersdorf dem Tempo der Leutersdorfer anpassen würde, dann könnte die Mannschaft sehr leicht einmal zu einem Sieg kommen. — Demitz-Thumitz II gegen Straßgraben I (13.30 Uhr). Die Demitz Reserve nützt die Gelegenheit aus und holt sich viele Gegner aus anderen Bezirken. Schiedsrichter: Lausche (Bischhofswerder). — Zittau II gegen Hartau I (9.30 Uhr). Beide Mannschaften haben erst im vorigen Jahre mit dem Spielen begonnen, zeigen aber schon gute Spiele. Nach einem flotten Kampf dürfte Hartau knapper Sieger werden. Schiedsrichter: Genosse Kohlmoorgen (Zittau). — Leutersdorf II gegen Neugersdorf II (14.30 Uhr). Leutersdorf hat die Reserve wieder neu zusammengestellt. Die Mannschaft muß sich nun aber erst zusammenfinden. Da die Neugersdorfer eine gute Mannschaft ins Feld stellen, können sie mit einem Sieg rechnen. Genosse Friedrich (Eibau-Waldorf) pfeift. — Bautzen II gegen Kirschau I (10 Uhr). Da bis heute Kirschau die Verpflichtungen gegenüber dem Bezirk noch nicht erfüllt hat, wird wohl dieses Spiel ausfallen müssen. — Leutersdorf I Spielerinnen gegen Neugersdorf I Spielerinnen (13.30 Uhr). Wir rechnen mit einem knappen Sieg der Leutersdorfer. Schiedsrichter stellt Neugersdorf.

Löbau I gegen die Gruppenmannschaft der 2. Gruppe (10 Uhr in Ebersdorf).

In der zweiten Gruppe werden nun auch größere Sachen unternommen. So wird nun am Sonntag der Versuch mit einer Gruppenmannschaft gemacht. Das Spiel hat insofern noch Bedeutung, als nach der neuen Handballregel geübt wird.

Zum Spiel selbst: Löbau kann sich schon einen Gang gegen eine Gruppenmannschaft zutrauen. Wenn sich die Mannschaft richtig zusammenfindet, dann dürfte die Gruppenmannschaft alles herausgeben müssen. In der Gruppenmannschaft wirken einige sehr gute Spieler mit. Besondere Stützen der Mannschaft sind der Torwächter und der Sturm. Es wird ein Sieg der Gruppenmannschaft erwartet.

Gruppenmannschaft hat schwarze Hose, weißes Hemd. Ersatz: Mücke I (Ebersdorf).

[Seidel] (Ebersdorf)		[Winter] (Ebersbach)	
Weickert (Lawalde)	Eichler (Lawalde)	Liebe (Ebersdorf)	
Aitus (Mücke II)	Engler (Lauterbach I)	Lorenz (Lawalde)	
Klob (Richter I)	Richter II (Knoblauch)	Symank (Grusche)	
Schuster	Schweter	Schwager	

Handball-Serienspiele in Südwestsachsen

Wilkau I-Niederhau I (10.30 Uhr). Der Ausgang dieses sehr wichtigen Serienspiels ist von großer Bedeutung für die diesjährige Meisterschaftsfrage. Obwohl der Weg dazu noch weit ist, geht es aber hier um zwei Punkte, die ausschlaggebend sein können. Die Haslauer Elf befindet sich gegen Wilkau immer in großer Form. Auch in diesem Punktspiel gehen die Haslauer mit den meisten Aussichten in den Kampf. — Zwickau I-Leubnitz I (14.45 Uhr). Den Spielen nach, die Leubnitz in letzter Zeit durchgeführt hat, wird Zwickau annehmen, ohne Anstrengungen die zwei Punkte holen zu können. — Stöcken I-Wilkau II (15 Uhr). Stöcken hat gegen Wilkau ein Hin-

dernis zu überwinden. Das Gelingen ebnet den Weg weiter für die unumstrittene Führung in der Tabelle. — Schedewitz I-Oberreichenbach I (11 Uhr). Schedewitz hat die besseren Aussichten in diesem Spiel. — Zwickau II-Planitz II (13.30 Uhr) — Wahlen I-Neukirchen I (14.00 Uhr). Erbittert werden die zwei jüngsten Mannschaften der zweiten Gruppe um die Vormachtstellung kämpfen. Beide Mannschaften sollten bestrebt sein, das Spiel im verbenden Sinne durchzuführen. — Marienthal I-Niederhau II (11 Uhr). Marienthal hat keinen leichteren Gegner vor sich. — Reinsdorf I-Oberreichenbach II (14.00 Uhr). Reinsdorf braucht nicht zu fürchten, daß die Punkte in Gefahr seien.

Untere Mannschaften: Cainsdorf II-Reinsdorf II (13.30); Zwickau III-Oberreichenbach III (12.00); Stöcken II-Crimmitschau III (13.30).

Jugend: Cainsdorf-Wilkau (12.15); Zwickau-Planitz (9.15); Werdau-Stöcken (9.00).

Spielerinnen: Ebersbrunn-Niederhau (10.00). Kanbau: Wilkau-Niederhau (9.30); Cainsdorf-Oberhohndorf (10.00); Lichtentanne-Leubnitz (9.00); Werdau-Crimmitschau (11.15).

Fußball im Bezirk Pirna

Heidenau I-Kaditz 09 I (6.00). H. wird sich tüchtig anstrengen müssen, wenn es gegen den Spitzenreiter glänzend abschneiden will. Bisher langte es gegen den Gast zu keinem Siege, und nach den gegen Zschachwitz gezeigten Leistungen am Vortage wird ein Sieg kaum in Frage kommen. — Heidenau AH-Helios AH (10.00). — Heidenau III-Rottwerndorf II (11.30). — Heidenau IV geg. Eintracht IV (13.00). — Heidenau V-Cotta V (17.30). — Heidenau I. Jgd.-Dr. Neustadt I. Jgd. (14.30). — Heidenau Knaben-Zschachwitz Knaben (9.00).

Handball Städtekampf Dresden (2. Bez.)-Pirna (10. Bez.)

Die Pirnaer Bezirksmannschaft spielt in folgender Aufstellung:

[Häsel] (Heidenau)		[Frank] (Pirna)	
Pohlank (Heidenau)	Menzel (Pirna)	Reinhardt (Zschachwitz)	Bulanda (Pirna)
Düngel (Sachsen)	Ennsbach (Zschachwitz)	Reich (Pirna)	

Der 10. Bezirk hat gegen die Dresdener einen schwarzen Stand, sind bei den letzteren doch die sehr wurgelartigen Stürmer des Bezirksmeisters Coschütz vertreten. Findet sich der Pirnaer Sturm gut zusammen, dürfte die Mannschaft einen beschließlichen Gegner abgeben. Die Pirnaer Mannschaft ist gut eingepießt und wird den Dresdener Genossen manche Nuß zu knacken geben. Das Vorspiel endete nach ausgeglichenem Kampf 7:7. Dresden wird nach der Leipziger Niederlage alles darzusetzen, um als Sieger hervorzugehen, und ein Großkampf ist zu erwarten. Interessanten treffen sich 15.30 mit Rad am Bahnhof Heidenau-Nord.

Sonntag: Fortschritt I. Jgd.-Heidenau I. Jgd. 10.00 Uhr. Papstdorf I-Heidenau III 15.00 Uhr. Niedersieditz II-Heidenau V 14.00 Uhr.

Sport in Delitzsch

Sportklub 1. Mannschaft hat am Sonntag, den 10. 4., um 15 Uhr, T u c h a I im 2. Serienspiel auf dem eigenen Sportplatz an der Luisenschule. Am vergangenen Sonntag mußte sich der Platzbesitzer mit einem Unentschieden gegen Eilenburg 1:1 begnügen. Sportklub 1 spielt im Leipziger Bezirk in der 2. Klasse, und zwar in Gruppe A 9. T u c h a I ist der stärkste Gegner in der Gruppe und wird alles aufbieten, um die 2 Punkte zu erhalten. Nach den letzten Resultaten von Sportklub ist mit einem interessanten Treffen zu rechnen.

Die zweite Elf spielt in Leipzig gegen Eutritzsch II um 15 Uhr. Die Jugend spielt in Wiederritzsch gegen Seehausen Jugend. Die Altersmannschaft spielt in Wahren gegen Wahren Altersmannschaft 10.30 Uhr.

Kleine Sportnachrichten

Der Lehrgang für angehende Vorturner ist am Sonntag, dem 10. April, in Zwickau, Turnhalle Lothar-Streit-Straße, Beginn früh 9 Uhr. Die Prüfung ist am 17. April, vormittags 8 Uhr, in derselben Turnhalle. A 9. Spielrunde des Bezirks. Sonntag, den 24. April 1932. Bezirksübungstunde in Crimmitschau (Lurnarheim). Alle Spielteile des Bezirks werden ersucht, sich am Bahnhof Crimmitschau einzufinden. Gemeinsamer Abmarsch 8.15 Uhr. Kleidung: Dunkle Jacke, weiße Hose, ohne Kopfbedeckung. Die 1. und 3. Gruppe trifft sich schon in Werdau, die 2. Gruppe kommt in Crimmitschau hinzu. Abfahrt der Züge: 3. Gruppe ab Reichenbach 7.34 Uhr; 2. Gruppe ab Zwickau 7.44 Uhr. Die 2. Gruppe kommt in Lichtentanne und Steinpleis hinzu, die andere Hälfte in Crimmitschau.

4. Kreis, 8. Bezirk. Frauenturnen. Sonntag, den 10. April, vorm. 9 Uhr, findet in Trauten (Schulturnhalle) unsere erste diesjährige Bezirks-Frauenturnstunde statt. Nach dem Turnen wichtige Versammlung. Zu dieser Lehrstunde müssen die Vorturner den Frauenturnwart und zwei Genossinnen delegieren. Pflicht aller Vereine ist es, vertreten zu sein. Achtung! Da an diesem Tag Wiederholung der Präsidentenwahl stattfindet, müssen sich die Wahlberechtigten Wahl-scheibe besorgen. A S c h u l z, Frauenturnwart.

8. Bezirk, 2. Gruppe. Sonnabend, 9. April, 19.30 Uhr, findet in der Turnhalle Voigtberg die nächste Gruppenvorturnerstunde statt. Die Übungen zum Rasling werden geübt. IV. I stellt einen Vorturner am Pfad (Oberstufe), MTV Barren (Oberstufe), Voigtberg Hochreck (Mittelstufe), John Barren (Mittelstufe), Raschau Stützreck (Allerriege) Punktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller Vorturner und Turnwarte. Spielleute 8. Bezirk, 3. Gruppe: Sonntag, 10. April, findet im Eicheheim „West“ die Gruppenübungsstunde statt. Erscheinen aller Spielleute der Gruppe ist Pflicht. Beginn 5.30 Uhr.

Organisationsnachrichten

SAP Bezirksverband Berlin: Heute Sonnabend, 9. April, 17 Uhr, Sitzung des obigen Bezirksvorstandes. 19 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Ortsgruppe Tiergarten: Sonntag, 10. April, 9.30 Uhr, Zeitungsagitation. Treffpunkt bei Groth, Zwingerstraße 19.

Ortsgruppe Tiergarten (Abt. Westen): Sonntag, 10. April, Zeitungsagitation, 9.30 Uhr. Treffpunkt bei Teichow, Winterfeldstraße 35.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Heute, Sonnabend, 9. April, Funktionärsitzung 19 Uhr bei Krugmann, Meimeler Straße 63. Tagesordnung: Die Landtagswahlen.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau: Heute, Sonnabend, 9. April, bis 19 Uhr, rechnen alle Genossen die Karten beim Kassierer im „Piccadilly“ ab. — Sonntag, 10. April, 10 Uhr, Treffen zur Zeitungsaktion bei Geil, Mersburger Straße 7.

Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 10. April, 9 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt im Lokal Schenk, Rosenstraße 24.

Proletarische Klassenwahl: Die für heute, Sonnabend, 9. April, angesetzte Sitzung muß unumkehrbar ausfallen. Neuer Termin wird bekanntgegeben.

SJV Heute, Sonnabend, 9. April 1932: Balken „Hugo Haase“: Treffen zur Fahrt um 22 Uhr Bahnhof Prenzlauer Allee.

Wörther Platz „August Bebel“: Treffen zur Fahrt um 20 Uhr Jugendheim, Prenzlauer Allee 34.

Gruppe Spandau: Morgen Propagandafahrt. Süd-West Leodagitation für die Preußenwahl.

Aktionsbezirk Nord-Ost: Morgen, Sonntag, alle Genossen Antreten zum Appell für die Preußenwahlen.

Aktionsbezirk Süd: Außenaktion in Zossen. Treffpunkt für Neukölln: Sonntag, früh 7 Uhr, Bahnhof Neukölln. Radfahrer ebenfalls. Treffpunkt für Tempelhof-Mariendorf und Kreuzberg: Sonntag, früh 7 Uhr, Bahnhof Tempelhof. Radfahrer ebenfalls.

Aktionsbezirk Ost: Treffen zur Außenpropaganda. Unterbezirk Friedrichshagen: Sonntag, 7 Uhr, Wriezener Bahnhof. Unterbezirk Lichtenberg: Sonntag, 7 Uhr, Stralau-Rummelsburg.

Mitteilungen der BL:

Dienstag, 12. April, Erwerbslosenstaffel Berlin: Alle Genossinnen und Genossen kommen bestimmt um 9 Uhr zur SAZ-Redaktion. Wir führen eine Aktion durch. Mittwoch, 13. April, Erwerbslosenstaffel Berlin: Wir leisten aktive Wahlarbeit. Alle Erwerbslosen kommen pünktlich um 10 Uhr zum Sekretariat. Referentenschule: Montag, 11. April, 19.30 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Thema: „Die Genossin und der Genosse in der proletarischen Organisation“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bestellungen: einmonatlich durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgebühr. Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 2,10 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Leserpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staatstheater
Oper U. d. Linden
Sonnabend, 9. April 8 Uhr
Kochzeit d. Figaro
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 9. April 20 Uhr
Egmont
Schillertheater
Lützowplatz, Gendarmenstraße
Sonnabend, 9. April 20 (8) Uhr
Ostern
Werbt für die SAZ

Volkshöhle
Theat. a. Blaup.
D 1 Norden 2946
Sonnabend, 9. April 8.00 Uhr
Kamrad Kasper
Rose-Theater
Gröbe Frankfurter Str. 132
Tel.: E 7 Weib 3427
Sonnabend, 9. April 6 u. 9 Uhr
Die Frau die jeder sucht
Gross BUSCH täglich 8 1/2 Uhr - 10 Uhr
1. Takt-Programm
Preise: 0,30 b. 3.—

WANO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Volkhaus / am Potsdamer Platz B1 Kart. 2334.
Ab Freitag, 8. April 1932.
Conrad Veidt in
Rasputin.
Der Dämon der Frauen
mit Charlotte Ander, Theodor Loos, Karl Ludwig Diehl
Dazu: Wilhelm II. in Boom.
Ula tönende Wochenschau.
Das erstklassige Beiprogramm
fährt ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtspiel Berlin

Münz-Theater
Münzstr. 30
Tonfilm-Tageskino
Es lebe die Freiheit
und
Holzappel weiß alles
mit Felix Dressart
Das tönende Beiprogramm

M. I. L. A.
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 126
Magda Schneider, Lea Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig
in der entzückendsten Tonfilmoperette:
Ein Mädchen Liebe für Dich
Sensationsstückspiel
10 Jazzsymphoniker
Hurra, Revue 1932

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Gastspiel Paul Godwin
Film:
Die verlobte Firma
Tönende Wochenschau
Sonntag 9 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentage bis 6 Uhr, Sonntag bis 4 Uhr - 70 Fig.
Nachher von 80 Fig. an

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Nachbarnhof Danziger Straße
Zwei wirkliche Spitzenfilme an Lustigkeit in einem Programm
Zwei glückliche Herzen
(Ein Mädchen Liebe für Dich)
mit Magda Schneider, Lea Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig
Kartoffelsupp', Kartoffelsupp'
(Schön ist die Manöverzeit!)
mit Paul Heidemann, Oskar Sabo, Ida Wüst, Gretl Thelmer
Erwerblos 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Werbt Abonnenten!

Theater des Weddins
Müller-, Ecke Seilerstraße
Oskar Homolka, Trude Berliner in
Nachkolonne
dazu: Jenny Lind
die schwedische Nachtigall
Fox tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Mönerstraße 142
2 Großstimmige, Lee Parry, Georg Alexander
Ein Mädchen Liebe für Dich
dazu: Sietried Arno
Der schönste Mann im Staate
Militär-Lustspiel m. Ralph Arthur Roberts,
Sonntag nachm. 3 Uhr Jugendvorstellung
Neueste Tonwochenschau

WATERLAND
P. P. P.
Redaktion
Berlins
L. P. P.

Das 5. Buch der „Roten Bücher“
erscheint im April ds. Js.
Gewerkschaften im Klassenkampf
Aus dem Inhalt:
Die Entstehung der Gewerkschaften / Gewerkschaftlicher Reformismus im Vorkriegskapitalismus / SPD und Gewerkschaften Die Gewerkschaften in der Republik / Das neue Arbeitsrecht / Sozialismus oder Wirtschaftsdemokratie / Gefesselte Gewerkschaften Die notwendige Reorganisation / Gegen den Bürokratismus / Einheit der Gewerkschaften oder RGO / Die Aufgaben der Gewerkschaften im Klassenkampf
Die Autoren sind führende Gewerkschaftler
Buchhandelspr.: RM. 4,75, Mitgliedspr.: RM. 3.—
Meldet Euch sofort bei der Marxistischen Büchergemeinde a. Mitglied. Monatsbeitrag 1 M
Freie Verlags-Gesellschaft m. B. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Kauft
Gutscheine
Stärkt
den Presselands

Genossen
über 24 Jahre
als Abonnentensammler
und Vertriebsleute
für satirische Zeitschrift
gesucht. Gute Bedingungen
Meldungen möglichst schriftlich
bei Ligowski, Zehlendorf
(Onkel Toms Hütte), Grunewald-
allee 159.

Ueble Scherze

Die um Heinrich Brandler und August Thalheimer kämpfen angeblich für die Gesundung der totkranken kommunistischen Bewegung. Ihnen ist es angeblich darum zu tun, die heute in der KPD üblichen verhängnisvollen Methoden mit Stumpf und Stiel auszuwischen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der KPD haben indessen bereits gezeigt, daß man gut tut, in dieser Beziehung die Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen. Die Mehrheit der KPDO hat sich mit den in der KPD gebräuchlichen Methoden weitgehend ausgesöhnt und sie sich zu einem wesentlichen Teil selbst angeeignet. Es genügt, an den Beschluß zu erinnern, wonach in der KPDO die Mitglieder über eine Frage nur mit Genehmigung der zuständigen Instanz und nur im Rahmen derer Anweisungen diskutieren dürfen.

Wie weit die Brandler-Thalheimer sich auch in anderer Hinsicht die unwürdigen Methoden der KPD-Bürokratie angeeignet haben, sei an zwei Beispielen aus der „Arbeiterpolitik“ vom 9. April gezeigt:

1. Die SAP fordert in ihrem Aktionsprogramm die Schaffung einer Arbeiterregierung. Was sie unter einer Arbeiterregierung versteht, ist im Aktionsprogramm mit folgenden Worten klar und deutlich ausgesprochen:

„Eine Arbeiterregierung kann sich nicht stützen auf das Parlament und parlamentarische Koalitionen. Ihre Macht muß sich aufbauen auf den Organisationen und Kampforganen der Arbeiterklasse, auf revolutionären Arbeiterkräften, den proletarischen Wehrverbänden, den Kampfverbänden rebellierender Mittelschichten und Kleinbauern, die gegen den Faschismus stehen.“

Die „Arbeiterpolitik“ aber schreibt, der wahre Inhalt der von der SAP geforderten Arbeiterregierung sei

„eine Regierung, gestützt auf eine sozialdemokratisch-kommunistische oder gar nur eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit. Dem gab der Exkommunist Köhler auf dem Bezirksparteitag der SAP in Berlin ganz eindeutig Ausdruck, der laut „SAZ“ vom 5. April fordert: „Kommunisten müssen unter Umständen bereit sein, eine Regierung Braun-Severing nicht zu stürzen, sondern zu stützen.“ Damit haben die Walcher-Köhler die Katze aus dem Sack gelassen, und es ist damit klar, was sie unter Arbeiterregierung verstehen.“

In der Redaktion der „Arpo“ hat selbstverständlich niemand auch nur eine Sekunde ernsthaft an den Unsinn geglaubt, der dem Genossen Köhler in einem sehr anfechtbaren Versammlungsbericht unterstellt worden ist. Aber selbst wenn man der „Arpo“ zugestehet, daß sie berechtigt ist, sich auf einen Bericht der „SAZ“ zu berufen, muß hervorgehoben werden, daß dem Verfasser des „Arpo“-Artikels das, was Genosse Walcher in sachlicher Hinsicht zu der Angelegenheit am nächsten Tage in der „SAZ“ festgestellt hat, bekannt war, und daß er insbesondere wußte, daß es sich bei der Äußerung, die der Bericht dem Genossen Köhler in den Mund legt, in Wirklichkeit um die Zitierung eines Ausspruchs des Vertreters der kommunistischen Internationale handelt.

Zweitens: im gleichen Artikel wird die vom Erweiterten Parteivorstand unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht genommene Listenverbindung als „parlamentarischer Kretinismus“ bezeichnet. Walcher und Köhler werden „als opportunistische Pudel der Seydewitz“ beschimpft. Und das alles, weil auch die erwähnten Genossen der Auffassung sind, daß es einer revolutionären Klassenpartei durchaus erlaubt ist, solche Parteien, die gleichfalls Arbeiterparteien sein wollen, zwecks Verrechnung der Reststimmen Listenverbindung anzubieten.

Wir sind nicht zimperlich. Wir verstehen, daß auf einen groben Klotz zuweilen ein grober Keil gehört. Wenn aber die „Arpo“ ohne den Gebrauch von Schimpfwörtern nicht auskommen kann, so kann man von ihr zumindest verlangen, daß ihre Schimpferei in der Sache, um die es geht, eine gewisse Rechtfertigung erfahre. Wie steht es aber damit?

Nun, der Standpunkt, den heute der Erweiterte Parteivorstand der SAP einnimmt, wurde vor nicht allzulanger Zeit innerhalb der KPO von allen ernst zu nehmenden Mitgliedern vertreten.

Das preußische Wahlgesetz läßt die Ausnutzung der Reststimmen ohne politische Bindungen nicht zu. Anders ist es in Sachsen. Die KPO hat denn auch im November 1929 von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und sowohl der KPD, der USPD wie der SPD die Listenverbindung vorgeschlagen. Die KPD-Presse schrieb daraufhin: „Brandler im offenen Bündnis mit der SPD“.

Die KPO antwortete in „Gegen den Strom“ Nr. 47, Jahrgang 1929, Seite 5:

„Weil unsere Leipziger Genossen bei den Gemeindevahlen zwecks Ausnutzung der Reststimmen der KPD, der USPD und der SPD Listenverbindung vorgeschlagen haben, weil sie also getan haben, was jeder Kommunist bis zum Stattfinden des 12. Parteitages 1929 auf Grund bindender Beschlüsse zu tun verpflichtet war, deshalb ist für die Linienisten jetzt unsere „offene Blockbil-

Tarifikündigungen für sechs Millionen Arbeiter

Reformistische Ermahnungen an das Kapital statt Organisierung des Kampfes

In einem offenbar aus den Kreisen der obersten Gewerkschaftsführung stammenden Artikel im gestrigen „Vorwärts“ wird zu der Konferenz bei Stegerwald am 12. April Stellung genommen. In dem Artikel sind sehr aufschlußreiche Zahlen über die bisher ausgesprochenen Kündigungen und auch über die Pläne der Unternehmer. Wir erfahren, daß auf Grund einer Zusammenstellung in den zentralen Gewerkschaftsstellen zum 30. April gekündigt sind:

Manteltarifverträge f. 3 600 000 Arbeitskräfte
Lohnverträge für 2 800 000 Arbeitskräfte.

Gekündigt sind fast sämtliche Tarifverträge im graphischen Gewerbe, in den Gemeindebetrieben, im Baugewerbe, in der Holzindustrie und in der Glasindustrie, ebenso die Mehrzahl der Landarbeitertarife. In der Metall-, Textil-, Nahrungsmittel-Industrie wie auch im Bergbau ist nur ein Teil der Tarifverträge gekündigt. Da aber eine große Anzahl der Lohnsätze nur vierzehntägige Kündigungsfrist haben, ist damit zu rechnen, daß bis zum 15. April noch zahlreiche Kündigungen für weitere Hunderttausende von Arbeitern kommen.

Angesichts dieser Massentarifikündigung und dem sehr verdächtigen Verhalten des

Reichsarbeitsministeriums scheint auch der reformistischen Gewerkschaftsführung so langsam aufzudämmern, daß hier ein neuer großer Lohnabbau im Anzug ist und daß es demgegenüber nicht mehr ratsam ist, die bisherige Beschwichtigungsformel „Stegerwald gegen Lohnabbau“ anzuwenden. Jedenfalls ist von dieser Hoffnung auf die Hilfe Stegerwalds in dem Artikel nichts mehr zu verspüren.

Ebensowenig aber findet man in dem Artikel ein Wort darüber, was die Gewerkschaften gegen die neue Lohnabbauwelle zu unternehmen gedenken. Natürlich kein Wort über notwendige Kampfmaßnahmen oder gar konkrete Kampf vorbereitungen. Es wird nur das alte Gemurmel über die „unsinnige“ Auffassung der Unternehmer, daß durch weiteren Lohnabbau die Wirtschaft angekurbelt werden könne, angestimmt. Diese Leier kennt die Arbeiterschaft zur Genüge und weiß, daß damit nichts anderes als die feige Taktik des Ausweichens vor dem Kampf und neue Tolerierung der Maßnahmen der Brüningregierung gedeckt werden soll. Die Arbeiter müssen die Wiederholung dieses traurigen Spiels verhindern und in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen durchsetzen, daß mit der bisherigen Taktik gebrochen und sofort ernsthafte Kampfmaßnahmen eingeleitet werden.

Scheringer vor dem Reichsgericht Haftentlassungsantrag abgelehnt

Im weiteren Verlauf des Scheringer-Prozesses kam es wiederholt zu Zwischenbemerkungen, die zeitweise ziemlich scharf wurden. Als der Vorsitzende es anmaßend findet, daß Scheringer eine programmatisch zu nennende Broschüre unter dem Titel „Erwachendes Volk“ veröffentlicht habe, ohne vorher Volkswirtschaft und Staatswissenschaften studiert zu haben, erwidert Scheringer: „Die Leute, die uns heute regieren, haben Staatswissenschaft ja auch nicht studiert. Wir leben ja angeblich in einer Demokratie, in der jeder seine Meinung zu diesen Dingen sagen darf, ohne sie studiert zu haben.“ Nach der Verlesung eines Briefes Scheringers, die nationale Befreiung Deutschlands sei nur Schulter an Schulter mit der Sowjetunion möglich, fragt der Vorsitzende: „Sie sind also der Meinung, daß die nationale Befreiung Deutschlands mit Stalin gemacht werden müsse?“ Scheringer antwortet darauf, daß es sich nicht um Stalin, sondern um das russische Volk handle.

Hier erklärt der Verteidiger, Rechtsanwalt Obuch:

„Das Reich steht zur Zeit in freundschaftlichen Beziehungen zur russischen Regierung. Eine Äußerung über die Staatsführung in Rußland ist hier nicht erforderlich.“

Scheringer fügt hinzu, die Macht in Rußland gehe von den Arbeitern und Bauern aus. Sie seien auch entscheidend für die Weltrevolution, die den Weltkapitalismus erschüttere.

„Gegen den SPD“ erwiesen, deshalb sagen sie zum tausendstenmal, daß wir „demnächst bei der SPD landen“ werden.“

„Gegen den Strom“ bemerkte damals noch: „Wir können uns nicht vorstellen, daß die Leser der KPD-Presse an solchen Scherzen Gefallen finden.“ Wir können uns noch viel weniger vorstellen, daß das bei den „Arpo“-Lesern der Fall sein sollte. Es erscheint gänzlich unwahrscheinlich, daß die noch übriggebliebenen Mitglieder der KPO, die einen jahrelangen aufreibenden, opfervollen Kampf gegen die KPD-Methoden geführt haben, am Ende dulden werden, daß die „Arpo“ mit der „Roten Fahne“ an Schabigkeit wetteifert.

Der Ueberrest der KPO-Mitglieder sollte sich darüber im klaren sein, daß es sich vor allem um eine Angelegenheit handelt, die er bereinigen muß. Wenn es in der „Arpo“ weltfremden Journalisten erlaubt ist, ihre höchstpersönlichen Gefühle abzureagieren, so wird der SAP ein Zusammenwirken mit der KPO sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Das sollten sich die KPO-Mitglieder einmal durch den Kopf gehen lassen. Wir können in der Sache herzlich wenig tun. Wir können uns nur ausnahmsweise mit den KPO-Methoden beschäftigen. Ansonsten haben wir, und mit uns die revolutionäre Arbeiterschaft, andere Sorgen.

Schließlich wird die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Zweiter Tag.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages im Scheringer-Prozess vor dem Reichsgericht werden eine Reihe weiterer Veröffentlichungen und Briefe Scheringers aus der Festungshaft erörtert. Die Verlesung dieser Schriftstücke, auf die sich die Anklage stützt, soll im Laufe des Vormittags zu Ende geführt werden. Nach der Mittagspause wird dann die Vernehmung der Zeugen folgen, unter denen sich auch der Mitangeklagte aus dem Ulmer Offiziersprozess, der jetzt zur Stennes-Gruppe gehörende Oberleutnant Wendt, befindet.

Vor Eintritt in die Mittagspause

beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Obuch, Haftentlassung

mit der Begründung, daß die Vernehmung des Angeklagten abgeschlossen sei. Es handle sich um literarischen Hochverrat, und Fluchtverdacht liege nicht vor.

Angeklagte, die unter ähnlichen Umständen vor den Senat kämen, bewegten sich auf freiem Fuß,

Verdunkelungsgefahr sei im jetzigen Stande des Verfahrens ebenfalls ausgeschlossen. Dem Antrag trat der Vertreter des Oberreichsanwalts, Erster Staatsanwalt Dr. Parisius, entgegen. Alle gesetzlichen Vorbedingungen für die Aufrechterhaltung der Haft seien gegeben. Auch der Fluchtverdacht sei begründet, denn es sei Erfahrungstatsache, daß sehr viele Kommunisten unter ähnlichen Verhältnissen mit falschen Pässen der KPD ausgestattet, über die russische Grenze gingen. Rechtsanwalt Obuch bestritt diese Tatsache, da es nicht notwendig gewesen wäre, daß beim 4. Strafgericht ein zweiter Senat eingerichtet werden mußte, um die große Anzahl von Verfahren gegen Kommunisten bewältigen zu können. — Nach der Pause im Scheringer-Prozess verkündete Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, daß

der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen den Angeklagten Scheringer abgelehnt

wird. Begründet wird die Ablehnung mit dem Fortbestehen des dringenden Tatverdachts. Der Fluchtverdacht bestehe in diesem Falle um so mehr, als der Angeklagte durch seine verschiedenen Ausbruchsversuche gezeigt habe, daß er zur Flucht geneigt ist.

Die Verhandlung dauert an.

Große Kalifunde in der Sowjetunion. Wie amtlich aus Moskau gemeldet wird, sind in der Nähe von Alma-Ata große Kalifunde gemacht worden. Nach dem Urteil der sowjetrussischen Behörden soll das Kali von guter Beschaffenheit sein. Die Regierung hat angeordnet, sofort eine Expedition zu entsenden, um die Forschungen fortzusetzen.

Plakatsäulen

Die Benobelung der breiten Volksmassen lobt sich in diesen Tagen besonders in Riesenplakaten an den öffentlichen Anschlagssäulen aus. Da steht und diskutiert die Masse der abgebaute und arbeitslosen Proletariat, der verarmten Mittelständler über die in Riesenlettern angebrachten Schlagworte. Wer ist der Retter? Wer macht Deutschland frei? Wer hat es frei gemacht? Ich! Ich! Ich! Man beobachte nur einmal die Fragestellung. Um was geht es denn eigentlich in dem Konkurrenzkampf der beiden bürgerlichen Kandidaten Hindenburg und Hitler? Um die Verwischung der Klassenengesetze, die „deutsche Volksgemeinschaft“ im Kapitalismus. Um die Anwendung eines und desselben Instrumentes. Um die Bedienung des gleichen kapitalistischen Apparates: Deutschland. Hitler glaubt nur mit größerem Terror das durchsetzen und vollenden zu können, was die Aera Hindenburg eingeleitet hat.

Tausend Lügen und Verdrehungen werden dadurch nicht zu Wahrheiten, daß man sie mit Riesenbuchstaben in die Straßen schreibt. Die Plakatsäulen bieten im Wahlkampf das überspannt groteske Bild zweier sich in den Haaren liegender Großfirmen. Dieser Konkurrenzstreit beschränkt sich fast ausschließlich auf die Diffamierung des Gegners, der doch nur dasselbe „gute Prinzip“ vertritt. Im Wollen sind sich Hi und Hi einig, nur in der Durchsetzung ihres Willens offenbaren sich die konstruierten Gegensätze.

Jeder von beiden propagiert den „wirklichen“ Patriotismus. Der eine glaubt, den „deutschen Osten befreit“ zu haben, der andere wendet sich gegen die Verdächtigung, ihn verreten zu wollen.

„13 Jahre lang wende ich mich“, so bramarbasiert Hitler mit der ihm eigenen Bescheidenheit, „gegen die Bedrohung Deutschlands im Osten.“

Demgegenüber produziert sich die im Patriotismus mit Hitler wetteifernde SPD mit einem Plakat, das eine mit Kreuzen übersäte Karte von Deutschland zeigt: „Das Dritte Reich.“ — Unbedingt richtig. Nur komisch, daß man mit diesem Abschreckungsmittel ausgerechnet für den Generalfeldmarschall des Weltkrieges werben will. 2 000 000 Kreuze hat allein in Deutschland die letzte Industrieschlächterei gesetzt. . . .

Hindenburgs Wahl bedeutet Schluß mit der „deutschen Selbsterfleischung“. Sieben Jahre lang hat Hindenburg dieses Ziel durch eine Fülle räuberischer Notverordnungen zu erreichen versucht. Der andere Agent der Schwerindustrie will der „deutschen Selbsterfleischung“ mit einem anderen Palliativmittel begegnen: „Frauen, rettet die deutsche Familie.“ Als habe der Kapitalismus mit seiner blutbefleckten Bahn diese nicht längst zerrüttet. Nicht ganz der unfreiwilligen Komik entbehrt Hitlers Behauptung: „gegen Hunger und Verzweiflung“ zu kämpfen. Die Restauration des Mittelalters deutet derselbe Mann bereits durch die sprachliche Diktion an: „Höret!“ — so sucht er die Aufmerksamkeit der Passanten auf die Ausgebirten seines Größenwahns zu lenken.

Und was für Kinderfreunde sie beide sind! Denkt an die Zukunft eurer Kinder: wählt Hindenburg und Hitler! Ein Plakat ist besonders charakteristisch: „Der 10. April entscheidet die Zukunft Eurer Kinder, wählt Hindenburg!“ Was sieht man? Kinder in den verschiedensten Altersstufen: von Buben angefangen, die mit Holzäbeln auf der Straße Soldat spielen, — über den Jungen, der sich wintertags mit seinen Zinnsoldaten beschäftigt, — über das Mädel, das Stahlhelmväter Blumensträuße in das Knopfloch der Windjacke steckt, — über den Jungen, der bereits etwas von Heldengeschichte versteht, bis zu dem Rekruten, der mit seinem Blute die Dividenden der Rüstungsindustrie vermehrt. . . . entscheidet die Zukunft Eurer Kinder.“ Ob nicht Hitler angesichts dieses Plakates vor Neid erblaßt?

Wenn man die Unterschrift eines anderen Hindenburgplakates: „Einen Besseren findest Du nicht!“ nun gar erst auf den Seziertisch der Psychoanalyse legt, dann liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Gedanke an den Heldentod ungeschickt verdrängt werden sollte. Zufällig stammt das Wort von dem Krieg, der ihm „wie eine Badekur“ bekam, ja von Herrn von Hindenburg.

Neben schwarzweißrot umranderten Plakaten für Hindenburg findet man auch solche, die behaupten, daß, wer Thälmann wählt, im Effekt Hitler wähle. Aus ihnen spricht das schlechte Gewissen der SPD, die ihren offenen Verrat an der Arbeiterklasse mit dem zerschissenen Mäntelchen „taktischer Klugheit“ und „politischer Weisheit“ zu verdecken glaubt. Andererseits behauptet der schwarzweißrote Hindenburgwähler, dem sein Harzburger Gewissen schlägt, wer Hitler wählt, vietierte im Effekt für den Bolschewismus. Die SPD fühlt sich glücklich in der Einheitsfront mit den schwerindustriellen und großagrarisches Bolschewistenfressern.

Wer jedoch auf dem proletarischen Klassenstandpunkt steht, wird sich hüten, den Wettlauf um den „richtigen“ Patriotismus mitzumachen. Er gibt seine Stimme ab gegen Hi und Hi

für Thälmann!

—stein.

Preußenausschuß wartet ab

Der interfraktionelle Ausschuß im preußischen Landtag ist am Donnerstag ohne Beschluß auseinandergeschieden. Er ist sicherlich deshalb noch zu keiner abschließenden Stellungnahme gelangt, weil eine Erklärung der Reichsregierung, also in erster Linie des Reichskanzlers, noch nicht vorlag und mit Rücksicht auf seine Wahlreisen wohl auch vor dem 10. April nicht zu erzielen sein dürfte.

Betriebsarbeiter und Landtagswahlen

Bernhard Adam

Die diesmaligen Landtagswahlen stehen im Zeichen der Notverordnungen und dem Niedergang des kapitalistischen Systems. Wenn vor vier Jahren bei den Landtagswahlen die Erwerbslosenzahl nur 2 1/2 Millionen betrug, wenn man vor vier Jahren noch hier und da Lohnerhöhungen hatte, so ist die Erwerbslosenzahl um vier Millionen gestiegen, der Lohn ist um 33 bis 50 Prozent mit Notverordnungen heruntergedrückt worden. Wenn vor vier Jahren ein Erwerbsloser mit Frau und zwei Kinder in der höchsten Unterstützungsstufe noch 27,50 M. Erwerbslosenunterstützung bekam, so kann man heute feststellen, daß von den in Arbeit Stehenden nicht mal die Hälfte den ausgezahlten Lohn von 27,50 M. erreichen. Es gibt sogar Fälle bei Kurzarbeitern, die bei 2-4 Tage Arbeit nicht einmal soviel Lohn erhalten, was die gesetzlich festgesetzte Wohlfahrtsunterstützung beträgt.

Bei der großen Weltfirma Siemens in Berlin gehen jeden Donnerstag viele Tausend Kurzarbeiter mit einem Lohn von 8-14 M. nach Hause, wovon noch 2 M. für Fahrgehalt abgerechnet werden müssen. Schon soll nach der Landtagswahl neuer Lohnabbau am 1. Mai 1932 zur Durchführung kommen, die Manteltarife sollen am 1. Mai 1932 ganz erheblich verschlechtert werden und damit ein neuer Raubbau auf Kosten der Arbeitenden durchgeführt werden.

Man hat den Betriebsarbeitern aber nicht nur die Löhne in den vier Jahren abgebaut. Auch die Krankenversicherung ist unheimlich eingeschränkt worden. Jeder Krankenschein muß mit 50 Pf. bezahlt werden, der Versicherte bekommt im Jahre nur sechs Krankenscheine, für Familienangehörige gibt es nur drei Krankenscheine, wer die beschränkte Zahl der Krankenscheine erreicht hat, wird ausgereutert, muß aber seinen Krankengeldbeitrag weiterzahlen, die Dauer der Krankenunterstützung ist von 30 auf 26 Wochen herabgesetzt worden, die Karenzzeit vor der Krankheit ist von zwei auf vier Tage erhöht worden. Einem Krankgemeldeten, der am Montag seine Arbeit wieder beginnt, wird der letzte Krankheitstag, wenn er auf einen Sonntag fällt, nicht bezahlt. Das Sterbegeld ist um die Hälfte herabgesetzt worden. Einzelleistungen sind völlig abgeschafft, es gibt nur Regelleistung bis zu 20 M. In der Zahnbehandlung sind ebenfalls ganz erhebliche Verschlechterungen eingetreten, größerer Zahnersatz wird nur gegeben, wenn jemand marodant ist.

Des weiteren haben wir beschert bekommen, die Ledigensteuer, die Negersteuer, Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 1 1/2 Prozent auf 3 1/2 Prozent, Fortfall der Frauenzulage in den Gemeinde- und Staatsbetrieben. Darüber hinaus geht man in einigen Städten dazu über, die festgestellten Gemeindefürsorgeleistungen zu entlassen und dafür Wohlfahrtsarbeitslose einzustellen, die keine Rechte vom Manteltarif genießen und keine gesetzliche Betriebsvertretung zusteht. Um die Gärung, die in den Betrieben wegen des ganzen Abbaus vorhanden ist, abzukühlen, hat man die Amtsdauer der Betriebsräte um 1 Jahr verlängert.

Die Sätze für Pensionen und Ruhegeld sind teilweise bis 60 Prozent abgebaut worden. Die Hauszinssteuer ist vermindert worden, wovon nicht die Mieter, sondern die Hausbesitzer profitierten, so ist zum 1. April 1932 die Hauszinssteuer um 20 Prozent zu Gunsten der Hausbesitzer vermindert worden, die Kurzarbeiter und Erwerbslose, die Hauszinssteuer erlassen bekommen, hatten dadurch eine Mieterhöhung von 8-12 Prozent am 1. April 1932. Diese Hauszinssteuervermindern zugunsten der Hausbesitzer ist ein Geschenk der Preuß. Regierung an die Hausagrarier.

So haben wir seit 1928, seit Beginn der Krise in den 4 Jahren der Legislaturperiode des verflornten Landtages eine unendliche Kette von Abbaumassnahmen erlebt, die von der Preußen-Regierung Braun-Severing gemeinsam mit der Brüning-Regierung uns notverordnet worden ist. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen faßte man dagegen zwar Scheinproteste, aber wenn es darauf ankam, für die Aufhebung der Notverordnungen einzutreten, dann stimmte die SPD im Reichstag wie auch die Severing-Braun und Genossen im Reichsrat für die Aufrechterhaltung der Notverordnung. Man führte nie den Kampf gegen die Notverordnungen, sondern täuschte die Arbeitermassen mit den lächerlichen Versuchen, „Härten“ auszugleichen. Diese Politik des kleineren Übels, des Hinnehmens jeder Notverordnung und ständigen Tolerierung der Brüningregierung brachte den Arbeitslosen wie den Betriebsarbeitern immer neue Lasten, immer neuen Lohnabbau. Die weitere Folge ist eine immer größere Enttäuschung der Massen und ihr steigendes Mißtrauen gegen die Arbeiterbewegung überhaupt.

In ihren Wirkungen nicht minder schädlich für die Arbeiterschaft war die fehlerhafte Politik der KPD in den letzten vier Jahren. Ihr unsinniger RGO-Kurs hat ganz besonders den Betriebsarbeitern schweren Schaden zuge-

fügt. Die KPD hat sich mit ihrer RGO-Politik nicht nur von den großen Arbeitermassen isoliert, ihren Einfluß in Betrieb und Gewerkschaft zerschlagen, sondern die Spaltung der Arbeiterschaft in zwei Lager begünstigt. Diese Zerrissenheit der Arbeiterschaft in fast jedem Betrieb ist es, die jede erfolgreiche Widerstandskraft hindert, ja meist unmöglich macht. Mit der unzulässigen Bezeichnung Sozialfaschismus gegenüber der SPD verirrte sich die KPD den Weg zu den SPD-Arbeitern, ja trieb diese immer wieder zurück in die Arme der schamlosen Reformisten. Zu diesen Politikern kommen viele andere, z. B. Unterstützung und Beteiligung am faschistischen Volksentscheid, den man nimmer in einem „roten Volksentscheid“ umdeutete.

Durch die verräterische SPD- und fehlerhafte KPD-Politik haben die Nationalsozialisten immer noch Zukunft bekommen. Die von der SPD- und KPD-Politik enttäuschten Massen

sind willige Objekte der demagogischen Nazi-propaganda. Der Faschismus, der gefährlichste Feind der ganzen Arbeiterklasse, muß aber geschlagen werden. Er kann nur von der geschlossenen Arbeiterfront geschlagen werden. Deshalb ist es die historische Aufgabe der SAP, die einheitliche Arbeiterfront herzustellen, indem sie alles tut, um die von der SPD- und die KPD-Bürokratie verursachte Spaltung der Arbeiterschaft zu überwinden und in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle die Arbeiter um die einheitliche revolutionäre Fahne zu sammeln. Die Aufgabe muß zum Hauptinhalt unserer Wahlagitatorik werden. Wir müssen jedem Arbeiter einhämmern, daß, wenn er die verräterische Politik der SPD beseitigen, die unsinnige Politik der SPD ändern und die Arbeiterklasse wieder aktionsfähig machen will, er für die SAP werben und am 24. April seine Stimme der Sozialistischen Arbeiterpartei geben muß!

Kriegs- und Arbeitsopfer! Augen auf!

Die Notverordnungen, unterzeichnet von dem Reichspräsidenten Hindenburg, haben unsagliches Elend über die Kriegs- und Arbeitsopfer gebracht. Sie stellen einen Renten- und Unterstützungsraub größten Umfanges dar. Hunderte von Millionen sind eingespart worden an der Versorgung der Kriegs- und Arbeitsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen und verwendet worden zur Sanierung der Großbanken, zu Subventionen für die Industrie und die notleidenden Agrarier. Gegen diese Verschlechterungen haben die Organisationen berechtigter Proteste erhoben und Aufhebung der Notverordnungen verlangt. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Zentralverband der Invaliden haben gegen die Notverordnungen die stärksten Töne angeschlagen und mit Recht auf die Verfassungswidrigkeit derselben hingewiesen.

Und dennoch war das alles eitel Schaum-schlagerei, denn in allen entscheidenden Phasen stellten sie sich immer hinter die Tolerierungspolitik der SPD. Das stärkste Stück leisteten sich aber diese beiden Organisationen bei der Reichspräsidentenwahl, indem sie dazu aufriefen, Hindenburg zu wählen, durch dessen Unterschrift die Notverordnungen rechtsgültig geworden sind. Die Zusage an die Kriegs- und Arbeitsopfer, Hindenburg zu wählen, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß sie sich für den Raub und die Kürzung ihrer Renten bei dem dafür Verantwortlichen bedanken sollen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der sich nicht entblödet, zur Begründung seines Aufrufs für Hindenburg die herrlichen Worte des Dichters-Revolutionärs Georg Herwegh:

„Partei, Partei, wer wollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war“
zu verwenden, sagt das in seinem Aufruf dann auch ganz deutlich: „Die Kriegsopfer Deutschlands danken dem Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er trotz der Hemmnisse, die ihm Vergangenheit und Herkunft berechnen mußten, in den Jahren seiner Präsidentschaft dem Volke ein vorbildliches Beispiel von Ver-

fassungstreue und Eidspflicht gegeben hat. Die Verehrung für den Führer in schwerer Kriegszeit, die in den Reihen der Kriegsopfer immer lebendig war, ist so durch die Hochachtung vor dem ersten Bürger des Reiches ergänzt worden, dem das Recht seiner Mitbürger zu heilig war, um es dunklen staatspolitischen Machenschaften politischer Glücksritter und Abenteurer auszuliefern.“

Eine schlimmere Verhöhnung der Kriegsopfer kann man sich nicht denken. Die Behauptung von der vorbildlichen Verfassungstreue ist unwahr, denn alle Notverordnungen, durch die die Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer verschlechtert wurde, verstießen gegen die Verfassung.

Die „Verehrung für den Führer in schwerer Kriegszeit“ mag vielleicht bei den Führern des Reichsbundes vorhanden sein. Die Mitglieder werden sicher anderer Meinung sein, über den General, auf dessen Befehl Hunderttausende in Tod und Verderben gehen mußten. Wie heilig ihm das Recht seiner Mitbürger war, das erfahren die Kriegs- und Arbeitsopfer bei jeder Rentenzahlung, soweit sie überhaupt noch Rente erhalten.

Die im „Reichsbund der Kriegsbeschädigten“ und im „Zentralverband der Invaliden“ organisierten proletarischen Kriegs- und Arbeitsopfer haben die Pflicht und Schuldigkeit, von ihrer Führung Rechenschaft zu verlangen. Sie müssen immer mehr erkennen, daß der Faschismus nicht geschlagen wird durch die Wahl von Hindenburg, sondern daß die Hitlerei nur geschlagen werden kann durch die Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Die proletarischen Kriegs- und Arbeitsopfer, denen es ernst ist mit ihrem Kampf gegen Rentenraub und Notverordnung und gegen den Faschismus, geben deshalb auch wieder am 10. April ihre Stimme dem Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann

und stimmen bei den Landtagswahlen am 24. April

für die Liste der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Lohnabbau im Leunawerk

Seit April vorigen Jahres, nach mehrmaligen Kürzungen des Tariflohnes, hat die Werkleitung des Leunawerkes ein raffiniertes Prämien-system eingeführt. Die Berechnung der Prämie erfolgt nach den Produktionsquanten der einzelnen Betriebsabteilungen.

Für die Werkleitung bestand jedoch nur so lange ein besonderes Interesse für die Aufrechterhaltung des Prämien-systems, bis aus jeder einzelnen Arbeitskraft das Höchstmaß der Leistung herausgequatscht wurde. Waren diese Höchstgrenzen erreicht, so ergaben sich für jeden Arbeiter bestimmte Durchschnittsleistungen, die er einhalten mußte. Im November vorigen Jahres erfolgt dann kurzweil ein 50prozentiger Abbau der Prämie mit der gleichzeitigen Bekanntgabe, daß Ende Dezember die Prämie vollkommen fortfalle. Diese ursprüngliche Absicht ließ sich dann aber nicht sofort durchführen, da die Brüning-sche Notverordnung Anfang dieses Jahres einen 15prozentigen Lohnabbau anordnete.

Wie die Betriebsleitung nunmehr mittelst, fällt die Prämie ab 1. April vollständig fort. Für die Leunawerker bedeutet das einen erheblichen Lohnausfall. Wie der Betriebsrat mittelst, beträgt die Produktionsprämie monatlich rund 22000 M. für eine Schichtbelegschaft. Durch die Einlegung von zwei Feiertagen in jeder Woche erreichen die Arbeiter in einer Lohndekade (10 Tage) im

Durchschnitt einen Lohn von 22 M. Der Ausfall der Prämie, die je nach den Produktionsziffern verschieden hoch ist, bedeutet für viele Arbeiter einen Lohnausfall von 15 M. bis 20 M. monatlich.

In der Belegschaft macht sich eine starke Erregung bemerkbar. Der Betriebsratsvorsitzende Walter, ein typischer Reformist, erließ an die freigewerkschaftlichen Funktionäre ein Rundschreiben, in welchem er nach einem langen Lamento erklärt, daß gegen den Lohnabbau im Augenblick nichts unternommen werden könne. Man müsse die Belegschaft aufklären, „damit sie sich in unsere Reihen zurückfindet, um dann später als geschlossene Kraft ihre Belange zu sichern“.

Mit diesem widerstandslosen Hinnehmen eines so großen Lohnabbaues wird sich gewiß kein einziger Arbeiter in „unsere Reihen zurückfinden“. Umgekehrt, dadurch werden weitere Kollegen müßig aus der Gewerkschaft weglaufen. Deshalb ist es Pflicht der Gewerkschaften und des Betriebsrates, alles zu tun, um große Betriebsversammlungen zustande zu bringen, um dort die Arbeiter zum Protest und zu geschlossener Abwehraktion aufzurütteln. Nur wenn so die Gewerkschaften und der Betriebsrat alles tun, um einen erfolgreichen Abwehrkampf durchzuführen, werden die Arbeiter Vertrauen zum Verband gewinnen. Selbst auch dann, wenn es nicht gelingen sollte, jetzt einen Erfolg zu erzielen.

Das Nazi-Arbeitsbeschaffungsprogramm

Zwangsarbeitsdienst

Vor wenigen Tagen haben wir charakteristische Stellen aus dem von Leipart als Vorsitzenden unterschriebenen, einstimmig auch von den anderen Gewerkschaftsmitgliedern angenommenen Gutachten des Reichswirtschaftsrats zur Arbeitsbeschaffung zitiert. Die verstärkte Einführung des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes spielte dabei eine besondere Rolle; seine große Verbilligung wurde hervorgehoben, ebenso die schon „befriedigend gelöste Führerfrage“ und „neben dem allgemeinen psychologischen noch der besondere Wert, der in der reibungslosen Zusammenarbeit junger Menschen von verschiedenster politischer Richtung liegt“.

Am 2. April hat nun Gottfried Feder, von dessen Theorie der Brechung der Zinsknechtschaft jetzt sogar Goebbels abrückt, im „Völkischen Beobachter“ ebenfalls ein sofortiges Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickelt. Zieht man die übliche renommierteste Geheimnistuerei ab: die Arbeiten „sollen und dürfen auch jetzt nicht in allen Einzelheiten dargelegt werden“, so findet man doch als Kernpunkt dasselbe wie im RWR-Gutachten. Nur heißt es hier ganz offen „Arbeitsdienstpflicht“ und nicht „freiwilliger Arbeitsdienst“. Die folgenden Sätze müssen wörtlich wiedergegeben werden, damit auch der verbockteste Reformist die Identität der Federsehen und Leipartschen Pläne erkennt: „Zunächst wird es weniger das Moment praktischer Arbeitsleistung, sondern vielmehr der sittliche und erzieherische Wert dieser Maßnahme (vom VB gesperrt) sein, die sich sehr bald segensreich auswirken wird. Nennenswerte Mittel sind zusätzlich kaum aufzuwenden, da die Verköstigung großer Mannschaften selbstverständlich immer noch billiger sein wird als die Erwerbslosenunterstützung.“

Auf diese Weise will Feder eine Armee von 500 000 Mann aus der Erde stampfen, die keineswegs praktische Arbeit leisten, sondern zum Bürger- und imperialistischen Krieg dressiert werden soll. Arbeitslosenunterstützung ist überflüssig; die Gulaschkanone ist entschieden billiger als eine kärgliche, aber nahrhafte Selbstverköstigung der Arbeitslosen. Ob Leipart und die übrigen ADGB-Führer nun noch nicht erkennen, wessen Geschäfte sie mit ihrem Eintreten für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst besorgen? Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder muß das sehen und überall den schärfsten Kampf gegen jede von Arbeitsdienstpflicht führen.

Geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer

TU. Berlin, 7. April 1932.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. März ist die Frühjahrsentlastung am Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des März deutlich erkennbar geworden. Die Arbeitslosenzahl ist seit dem 15. März

um rund 98 000 zurückgegangen und betrug am 31. März nach den Zählungen der Arbeitsämter rund 6 031 000.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden am 31. März rund 3 323 000 in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, rund 1 948 000 Wohlfahrtsarbeitslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Gegenüber dem Stand Mitte März hat die Arbeitslosenversicherung eine Entlastung um rund 158 000 auf rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Krisenfürsorge wurden rund 1 744 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, was gegenüber Mitte des Monats eine Zunahme um rund 27 000 bedeutet.

Die Besserung der Beschäftigungsverhältnisse hat sich nunmehr allgemein durchsetzen können. Sie blieb jedoch hinter der entsprechenden Bewegung im Vorjahr (damals betrug der Rückgang 236 000) nicht unerheblich zurück, wohl zum Teil infolge der Zurückhaltung der Wirtschaft wegen der ungeklärten politischen Lage.

Ein so geringer Rückgang in der Zeit, wo von der Landwirtschaft, Bauhandwerk und andere Saisongewerbe normalerweise viele Hunderttausende neu einstellen, bedeutet faktisch eine Verschärfung der Arbeitslosenkrise.

Verurteilung streikender Seeleute

Emden, 8. April 1932

15 Seeleute des Emdener Dampfers „Elise Schulte“ erhielten Strafbefehle in Höhe von je sechs Wochen Gefängnis, weil sie gemeinsam dem Kapitän ein einem ausländischen Hafen den Gehorsam verweigert hatten. Anfang Januar lag das Schiff in New York, als dort die Heuerkürzungen der Notverordnung vom 8. Dezember bekannt wurden, traten 15 Leute in Streik und gingen von Bord.

Man nennt das in der Hindenburg-Republik „Koalitionsfreiheit“.